

Protokoll der 3. Sitzung

**Mittwoch, 22. Oktober 2014, 19.00 - 24.00 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Urs Zbinden, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Michel Huggler
Heidi Niedermann

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt ist: Donovan Wyrsh.

Traktandenliste

1. Soziale Dienste: Erhöhung der Stellenprocente von 470 % auf 580 % ab 1. Januar 2015
2. Wasserleitungsersatz im Buchsermarchweg (Gemeindegebiet Suhr) und in der Marchstrasse (Gemeindegebiet Buchs). Kreditbegehren
3. Aufgaben- und Finanzplan 2015 - 2018
4. Budget 2015
5. Teilrevision der Satzungen des Gemeindeverbands Krankenhaus der Region Aarau
6. Zielsetzungen des Gemeinderats für die neue Amtsperiode 2014 - 2017
7. Einbürgerungen

8. Motion der SP Buchs "Bärenplatz - Begegnungsplatz für Jung und Alt"
9. Eingänge
10. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Soziale Dienste: Erhöhung der Stellenprozente von 470 % auf 580 % ab 1. Januar 2015

(Botschaft des Gemeinderats vom 2. September 2014)

Herr Beat Spiess, Mitglied der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Im Dezember 2013 bewilligte der Einwohnerrat nur eine 50 %-Stellenzunahme (auf heute 470 %) mit dem Zusatzantrag der CVP, die Fallzahlen vorher auszuwerten. Dies ist in der Zwischenzeit erfolgt. Bei der letzten Einwohner-ratssitzung vom 24. Juni 2014 stellte Gemeinderat Anton Kleiber dem Einwohnerrat die "Analyse der Stellenzahlen, Soziale Dienste Buchs AG" der Firma Bohren & Lehner GmbH, Aarau, vor. Der Zusatzantrag der CVP ist damit erledigt. Den 14-seitigen Bericht im Anhang des Antrags konnten Sie mit den Unterlagen ausgiebig studieren und in den Fraktionen besprechen. Ich werde hier keine Details mehr präsentieren.

Externe Analyse

- Seit 2012 und der konsequenten Einstellung von qualifiziertem Personal hat sich die personelle Situation in den Sozialen Diensten Buchs stabilisiert. Gemeint sind vor allem Fluktuationen und weniger Absenzen
- Gestiegene fachliche Ansprüche im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht haben zusätzliche Aufwendungen ergeben, die nun vor allem im 2013 anfallen
- Administrative Anforderungen sind ebenfalls gestiegen

4 Varianten

Der Bericht zeigt vier Varianten auf, so wie dies der Gemeinderat gefordert hat. Ich gehe hier nur auf die vorgeschlagene Variante 4 ein. Diese beruht auf der folgenden Annahme: Pro 100 Stellenprozent werden jährlich 80 Fälle bearbeitet, dabei ist die Annahme zur Fallzunahme mit 5 % konservativ geschätzt (angesichts der Steigerungsrate von teilweise 20 %). Diese Variante enthält keine besonderen Reserven, versetzt aber die Sozialen Dienste in die Lage, die Erwartungen des Einwohnerrats zu erfüllen, so wie sie dieser in der Besprechung vor einem Jahr formuliert hat.

Auswirkung der Stellenerhöhung/Kosten Variante 4

Jährlich wiederkehrende Kosten (Löhne, Software-Lizenz)	Fr.	86'300
Einmalige Kosten (Mobiliar, PC)	Fr.	9'000
Total	Fr.	95'300

Überlegungen der FGPK

- Pendenzen müssen abgebaut werden, um zeitnah reagieren zu können. Wichtige Arbeiten können nicht rechtzeitig erledigt werden. Dies soll behoben werden.
- Ordnung, Übersicht und Kontrolle sind wichtige Voraussetzungen für eine wirksame und effiziente Sozialarbeit.

Die jetzige Situation bedeutet nicht nur, dass Kunden nicht zufriedengestellt werden können, sondern auch, dass Probleme nicht rechtzeitig angepackt werden können und Fälle einen schlechten Verlauf nehmen, wenn nicht zeitnah reagiert werden kann.

Am Ende dauert alles länger und dadurch entstehen Mehrkosten. Im schlimmsten Fall verstreichen Termine und Rückerstattungen vom Kanton, vom Bund, der IV und der SUVA können nicht mehr eingefordert werden. Zuerst waren wir von der FGPK erstaunt, dass die externe Analyse zum Schluss kommt, den

administrativen Stellenanteil zu erhöhen. Aber auf Grund der Analyse leuchtet das ein, denn eine ordentliche Führung der Fälle und eine Kontrolle ist für eine gute Qualität der Sozialen Dienste notwendig.

Für die Exekutive, die übergeordneten Behörden und den Einwohnerrat sind die statistischen Zahlen wesentlich für die Beurteilung der Situation und für die Prognose der weiteren Entwicklung der Sozialen Dienste in Buchs. Aus diesen Gründen unterstützt die FGPK den Antrag des Gemeinderats.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 2 Stimmen und 1 Enthaltung (bei 8 Anwesenden), der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste sei ab 1. Januar 2015 von 470 % um 110 % auf 580 % zu erhöhen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Der Gemeinderat hat beschlossen, die Situation in den Sozialen Diensten genau zu analysieren und was wir nun vor uns haben ist ein Papier, welches diese Analyse aufzeigt. Man hat die Abläufe von einer externen Person überprüfen lassen, welche in drei Kantonen und in 20 Soziale Dienste Einsicht hat, die Abläufe kennt und weiss, wo allenfalls noch Optimierungsmöglichkeiten bestehen. Wir haben die Dossierstruktur analysiert, so wie sie bei den Sozialen Diensten im Moment vorhanden ist (vor den Sommerferien). Es wurden Interviews geführt mit den Mitarbeitenden und mit dem Leiter der Sozialen Dienste, Thomas Huber. Wir sind zusammengesessen, haben das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom Dezember 2013 zur Hilfe genommen um zu überprüfen, welche Punkte dort aufgeführt werden, die sagen, wo und wie die ganze Analyse noch verbessert werden muss. Wir haben diese Punkte aufgenommen und die dazugehörigen Fragen sind nun alle in dieser Analyse beantwortet. Ich möchte gerne noch zwei Punkte besonders erläutern: Der eine Punkt betrifft die nicht aufgearbeiteten Fälle. Diese sind ganz klar Kostentreiber und hier geht es darum, die Leute möglichst schnell zu integrieren. Gelingt uns dies nicht, hängen diese Leute der Gemeinde länger am Geldseckel. Wir haben im Gemeinderat im August diesen Jahres noch Fälle aus dem Jahr 2012 abgeschlossen. Der zweite Punkt betrifft die KESB: Wir spüren bereits jetzt aus den ersten Sitzungen im Grossen Rat, dass die KESB Arbeiten erledigt hat, die sie gesetzlich nicht hätten erledigen müssen und diese werden nun auf die Gemeinde abgeschoben. Dies sind vor allem Abklärungstätigkeiten. Zum Beispiel erhalten wir nun eine Gefährdungsmeldung vom Juni 2013, die die Gemeinde nun weiter abklären muss. Die KESB erklärt, dass sie vom Grossen Rat nicht mehr Stellenprozente erhalten hat und diese Aufgabe nun nicht mehr erfüllen kann und damit die Gemeinde in Pflicht genommen wird. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die 580 Stellenprozente benötigt werden, um die Effektivität dieses Teams noch zu verstärken. Es ist schon effektiv, dies geht aus dem Bericht hervor, wir haben sehr gute Mitarbeiter. Und darauf sind wir auch sehr stolz.

Diskussion

Herr Andre Rotzetter: Die CVP hat im Rahmen der Stellenprozentanpassung eine Analyse verlangt. Diese Analyse liegt nun vor und der Gemeinderat hat sich für die Variante 4 entschieden. Aus unserer Sicht ist dieser Variantenentscheid richtig. Gegenwärtig läuft eine Medienkampagne gegen die Sozialen Dienste. Deshalb ist es notwendig, dass diese Erhöhung auch in den richtigen Kontext gebracht wird. Die steigenden Fallzahlen und die damit verbundenen Ausgabensteigerungen stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Sanierung der kausalen Sozialwerke. Ein Teil der Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der IV geht zu Lasten der Sozialhilfe. Wir haben es nun auch noch gehört im Bereich der KESB. Als Beispiel hat die IV 2013 115 langjährige Rentner im Aargau versucht in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bei 35 Personen ist dieses Verfahren abgeschlossen und es konnte ein grosser Erfolg verzeichnet werden: 8 Personen wurden integriert. Die Rechnung ist schnell gemacht. Es wurden 27 Personen in die So-

zialhilfe verschoben. In der Schweiz gibt es gegenwärtig 150'000 Sozialhilfesuchende und davon sind 30 % unter 17 Jahre. Von den verbleibenden 167'000 sind gegenwärtig 50'000 Erwerbstätige, d. h. working poor. 60'000 sind nicht erwerbsfähig (Mütter, Alleinerziehende mit kleinen Kindern, Studierende etc.). 66'000 konnte man in den Arbeitsmarkt zurückführen. Wenn man weiss, dass die meisten Leute (40 %) innerhalb des ersten Jahres wieder eine Stelle bekommen, dann gilt es zu erkennen, wohin die Reise gehen muss. Die Gemeinde Birr hat ihren Sozialdienst professionalisiert und ihn mit genug Mitarbeitenden bestückt und konsequent auf die Arbeitsintegration hingearbeitet. Sie konnten so ihre Kosten in den Griff bekommen. Gehen wir in Buchs den gleichen Weg und geben die nötigen Stellenprozente. Die CVP ist überzeugt, dass unser Sozialdienst die gleichen Schlagzeilen in der Aargauer Zeitung wie die Gemeinde Birr machen könnte. Die Gemeinde Birr hat es geschafft mit der Professionalisierung seit 2007 ihre Kosten um 40 % zu senken. Die CVP wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Herr Hans Hartmann: Ich möchte mit folgender Situation beginnen als Beispiel für diese Vorlage: Stellt euch eine Küche in einer WG vor. Das Geschirr stapelt sich je länger je mehr, weil niemand abwäscht. Es gibt Diskussionen, wer verantwortlich ist, niemand macht den ersten Schritt, niemand will Verantwortung übernehmen. Wie löst man das Problem? Es muss jemand hinstehen, klare Zielvorgaben machen, einen Abwaschplan erstellen und jeden in die Verantwortung nehmen. Jetzt stellt euch vor, diese Küche steht nicht in einer WG sondern im Gemeindehaus. Wie löst man dort das Problem? Man stellt Leute ein, die nur abwaschen. Man kommt nicht auf die Idee, es anders zu machen. Aber paradox ist, es stapelt sich je länger je mehr Geschirr, welches nicht abgewaschen ist, obschon Leute abwaschen. Das Problem könnte man ganz anders angehen als einfach nur Leute einzustellen. Jetzt in der konkreten Vorlage geht es um das Sozialamt. Man will mehr Leute einstellen, Stellenprozente erhöhen. Das Problem ist nach unserer Meinung, dass wir viel zu wenig Wert auf Prozessoptimierungen legen, Abläufe schlanker gestalten oder sogar mit dem Kanton das Gespräch suchen um nachzufragen, ob dieser je länger je grösser werdende Verwaltungsaufwand wirklich nötig ist. Oder wie wir vorhin von Beat gehört haben, dass man diese Stellenprozente haben will, um mehr Zeit für die Klienten zu haben, um ihre Wünsche zu erfüllen. Dieses Bild des Sozialhilfebezügers ist einfach total falsch. Interessant ist, dass sogar die Analyse der Bohren & Lehner GmbH sagt, dass es andere Möglichkeiten gibt, als einfach immer nur Stellenprozente zu erhöhen. Das fatalste an der ganzen Sache: je höher die Lohnkosten, desto höher die Sozialkosten. Andre hat bereits den Zeitungsbericht über die Gemeinde Birr aufgegriffen. Die Schlagzeile lautet: "Birr macht uns vor: Sozialhilfekosten um 20 % gesenkt" (gemeint im Schnitt pro Jahr). Leider müsste die Schlagzeile für Buchs so aussehen: "Buchs lernt nichts, Sozialhilfekosten jährlich 10 % gestiegen". Und ich bin nicht der Meinung, lieber Andre, dass wenn mehr Mitarbeitende angestellt sind, dass dann auch automatisch die Kosten sinken. Es ist ein Teufelskreis. Mehr Angestellte, mehr Zeit für Sozialhilfeempfänger, wieder mehr Begehrlichkeiten etc. Ich möchte jedoch klar erwähnen, dass dies kein Angriff gegen das Sozialamt ist. Wir sind voll überzeugt in der SVP, dass ihr eine gute Arbeit leistet, dass die Leute willig sind und die Führung durch Toni Kleiber exzellent ist und er dies voll im Griff hat. Es geht nicht darum. Ich denke einfach, der Einwohnerrat hat eine andere Funktion. Nämlich die, dass wir auch politisch Vorgaben machen, was wir vom Sozialamt erwarten. Wollen wir einen Betreuungsdienst für diese sog. Klienten oder wollen wir, dass das Sozialamt mit klaren Forderungen arbeitet und eng geführt wird oder eben auch mal den Kanton in Pflicht nimmt. Alle Gemeinden des Kantons sollen zusammenstehen und dem Kanton sagen, dass es je länger je mehr Verwaltungsaufwand gibt und dies alles komplizierter macht. Es ist legitim vom Gemeinderat, mit einer solchen Vorlage zu kommen. Toni Kleiber will das Optimum für sein Departement haben, er sieht dies mit 580 %. Aber genauso legitim ist es doch auch, dass wir "Stopp" sagen. Wir können nicht immer weitergehen und weitergehen. Irgendwann muss man die Handbremse ziehen und sagen, so geht es nicht weiter, wir wollen Kosten sparen. Irgendwo muss man beginnen. Mir ist klar, dass dies nicht alle so sehen, vor allem auf der linken Seite nicht. Hier haben wir ganz ein anderes Menschenbild. Man will den Menschen das Geld so viel wie möglich wegnehmen weil das Kapital den Mensch korrumpiert. Dies ist eine ganz andere Sichtweise. Wir hingegen wollen, dass das Geld beim Bürger bleibt, er damit arbeiten kann und nicht die Verwaltung. Ich möchte allen Mitgliedern ins Gewissen reden: nehmt die Chance wahr, wenn eine solche Vorlage zur Abstimmung kommt, dass man darüber diskutiert und bereit ist etwas zu

kürzen und nicht einfach übernimmt, was der Gemeinderat fordert. Weil dann frage ich mich langsam, was wir hier überhaupt noch für eine Funktion haben, weil dann können wir einfach alles durchwinken. Deshalb ist die SVP klar gegen diese Vorlage.

Herr Urs Füllemann: Die SVP-Fraktion hat an ihrer Sitzung vom 16. Oktober 2014 entschieden, den Antrag des Gemeinderats abzulehnen und gelangt mit folgendem neuen Antrag an den Einwohnerrat. Begründung: Die steigenden Kosten in der Sozialhilfe sind ein Thema, das vielen Bürgerinnen und Bürger unter den Nägeln brennt! Früher bedeutete Sozialhilfe meist kurzzeitige, finanzielle Unterstützung für in eine Notlage geratene Person. Heute beschäftigt sie eine ganze Industrie mit Experten, Betreuern, Institutionen und Therapeuten. Ich habe kürzlich in einer Sonntagszeitung gelesen, dass es mittlerweile 400 externe Firmen gibt, die 600 Millionen Umsatz machen. Die Folgen: Mehr Menschen beziehen länger Sozialhilfe, die Kosten laufen aus dem Ruder. Innerhalb eines einzigen Jahres stieg die Anzahl Sozialhilfebezügler in den 13 grössten Schweizer Städten um 2.5 %. Deshalb kann die SVP Erhöhung der Stellenprozente von 470 % auf 580 % nicht zustimmen. Weil in der Analyse Stellenpensen von der Firma Bohren & Lehner GmbH vier verschiedene Varianten vorgestellt werden, stellen wir den Antrag auf Variante 2 in einer abgespeckten Form. Die SVP empfiehlt deshalb nur eine Erhöhung von 470 % auf 520 %. Wir sind der Meinung, dass die kleinen Stellenprozenterrhöhungen, wie wir sie auch im Vorschlag haben, eingespart werden können und somit das Gesamttotal von 536 %, wie die Variante 2 es vorsieht auf 520 % Stellenprozente zu senken, die beste Variante ist. Es ist durchaus zumutbar, dass das Personal die kleineren Erhöhungen verkraftet. Weiter ist der SVP der massive Anstieg in der Administration aufgefallen. Es ist intern zu prüfen, ob eine effizientere Ablauforganisation in die Wege geleitet werden kann. Zudem hat es aus Sicht der SVP zu viele Teilzeitstellen, somit entstehen mehr Schnittstellen und dies führt zu Verzögerungen, weil die jeweils andere Person wieder über den aktuellen Stand der Fälle informiert werden muss. Es ist deshalb zu prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre mehr Vollzeitstellen zu schaffen und die Teilpensen einzusparen.

Antrag SVP: Der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste sei ab 1. Januar 2015 von 470 % um 50 % auf 520 % zu erhöhen.

Herr Beat Spiess: Ich möchte nochmals im Namen der FGPK sprechen, welche das Traktandum an ihrer Sitzung vom 22. September 2014 behandelt hat. Es hatten bei uns ebenfalls nicht alle Freude an dem Antrag auf Stellenerhöhung. Wir waren aber grundsätzlich bereit, eine Stellenerhöhung vorzunehmen und Verantwortung zu zeigen. Wir hatten einen Minderheitsantrag, der vorgeschlagen hat, nur auf 460 % zu erhöhen. Dieser unterlag im Verhältnis 3 : 1. Ebenfalls im Verhältnis 3 : 1 ist dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt worden. Ich möchte nur noch eines sagen unter dem Motto "Verantwortung zeigen" und "in Verantwortung nehmen". Ich denke vor einem Jahr haben wir die Stellenerhöhung bei den Sozialen Diensten hinausgeschoben. Wir hatten ein ungutes Gefühl gehabt, weil wir nur Fallgeschichten hatten zur Beurteilung. Wir wussten, dass es schlecht läuft. Nun haben wir den Gemeinderat in eine Ehrenrunde geschickt und ich glaube, er hat diese Ehrenrunde bestanden und einen sauberer Bericht von Profis abgeliefert. Jetzt denke ich ist es am Rat, Verantwortung zu zeigen und zu sagen, ok, Strafaufgaben erledigt, jetzt kann es weitergehen. Und jetzt sind wir daran, Verantwortung zu übernehmen. Der Gemeinderat will Verantwortung übernehmen und sagt, dass es jetzt gut kommen soll. Wir haben das Gefühl, wir haben nun genug Spielraum, dass sich nun substanziell etwas verbessern kann. Wir haben nun sichergestellt, dass es Indikatoren geben wird, dass Fallzahlen gemessen werden können und Fortschritte auch belegbar sind. Und deshalb möchte ich euch aufrufen, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen und die Verwaltung jetzt in die Verantwortung zu nehmen und etwas zu bewirken.

Herr Joel Blunier: Ich spreche im Namen der EVP-Fraktion. Auch wir haben uns mit diesem Thema auseinandergesetzt und sind klar der Meinung, dass man dem Antrag des Gemeinderats Folge leisten soll. Wenn man ein Lastesel besitzt, den man mit Säcken belegt und dauernd weitere Säcke folgen und alles auf den Esel lädt, dann bekommt dieser Esel ein Problem. Man kann den Esel so lange beladen, bis er zusammenkracht oder nur noch langsam laufen kann oder man holt einen zusätzlichen Esel um die Men-

ge der Säcke zu bewältigen. Ich will nicht sagen, dass auf dem Sozialamt Esel arbeiten, dies ist natürlich ein hinkender Vergleich, aber es soll zeigen, dass man nicht dem Esel die Schuld geben kann, dass dauernd mehr Säcke geladen werden, sondern dass eine praktikable Lösung gefunden werden muss um das Problem zu bewältigen. Und der Vergleich von Hans hinkt, weil das Problem ist, dass meistens in der Küche noch Leute sitzen, die dauernd essen und noch weiteres Geschirr produzieren. Es muss somit nicht nur das bestehende Geschirr abgewaschen werden. Ich glaube nicht, dass mehr Angestellte auf dem Sozialamt mehr Sozialfälle produzieren. Es sind unterschiedliche Komponenten vorhanden, die nicht miteinander korrelieren. Deshalb sind wir ganz klar der Meinung, dass wir eine aktive Begleitung der Fälle wollen und nicht nur eine knappe Verwaltung der Fälle. Wir sehen im Budget, dass die Rückerstattung der Sozialhilfe auch ein Ziel sein sollte und eine gute Begleitung der Sozialhilfe bedeutet, dass Leute schneller wieder dazu gebracht werden, in den Arbeitsprozess reinzukommen und mindestens teilweise eine Rückerstattung erfolgen kann. Die EVP unterstützt den Antrag des Gemeinderats und bittet alle, dies ebenfalls zu tun.

Frau Ineke Irniger: Die SP Buchs unterstützt den Vorschlag des Gemeinderats wie von der SVP vorhergesehen. Wir sind uns bewusst, dass dies kostet, nämlich jährlich Fr 86'300.-- und einmalig Fr. 9'000.--. Ich persönlich finde die Kosten nicht so hoch. Umgerechnet entspricht dies bei 100 % einem Lohn von Fr. 6'000.--. Ich denke, einige von uns verdienen mehr. Wir haben schon über grössere Beträge abgestimmt und die sind ganz locker genehmigt worden. Zum Beispiel im letzten Jahr das neue Feuerwehrauto im Wert von Fr. 600'000.--. Im Nachhinein kann man sagen, damit kann man 7 Jahre eine Stelle für einen Sozialarbeiter bezahlen. Wieso können wir dann jetzt nicht sagen, wir geben dieses Geld aus, wenn wir in Buchs gute Arbeit leisten wollen für Menschen, die auf eine gute Betreuung und auf eine Arbeit angewiesen sind? Damit man den Leuten Perspektiven geben kann, um aus der Sozialhilfe rauszukommen. Weil alleine aus dieser Misere zu kommen ist nicht einfach. Einem anderen Mitarbeiter in Buchs sagt man auch nicht, du musst deine Arbeit halt ein wenig schneller erledigen oder mach nur die Hälfte. Im Werkhof haben sie auch genug Angestellte, wieso soll man nicht auch bei den Sozialen Diensten genug Angestellte haben. Es sind alles Buchser, mit denen wir arbeiten. Wir wollen in Buchs eine Gemeinde mit Qualität und dies bedeutet auch einen guten Sozialdienst. Ich habe noch eine gute Metapher von Stephen R. Covey: "Säge schärfen" gefunden. Für Leute, die nicht wissen, was Sozialarbeit heisst, habe ich eine einfache Geschichte gefunden: "Ein Waldarbeiter sägt mühsam einen großen Stapel Holz und kommt nur langsam und angestrengt voran. Fussgänger kommen am Wegesrand vorbei und beobachten den Holzarbeiter eine Weile. Schwitzend flucht und schimpft er. Die Passanten fragen ihn, warum er denn nicht zuerst seine Säge schärft. Der Holzarbeiter schüttelt entrüstet den Kopf und sagt: Sehen Sie nicht die viele Arbeit. Ich habe keine Zeit die Säge zu schärfen. Ich muss sägen!" Wir haben in Buchs einen Gemeinderat, der weiss, dass die Säge geschärft werden muss. Sie haben den Auftrag angenommen. Der Gemeinderat und der Sozialdienst und die Firma Bohren & Lehner GmbH haben ihre Säge geschärft. Wir als Einwohnerrat müssen ihnen jetzt erlauben, mit den geschärften Sägen zu arbeiten. Deshalb bitte ich euch, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Herr Ueli Kohler: Ich möchte mich kurz halten und verzichte auf Metaphern. Dem Gemeinderat danke ich, dass er seinen Job gemacht und zusammen mit der Firma Bohren & Lehner GmbH diese Analyse durchgeführt hat, die schlussendlich die Basis zu diesem Vorschlag bildet. Und was mich besonders gefreut hat, dass wirklich machbare Varianten, nämlich vier, in dieser Analyse aufgezeigt sind. Wir haben nun viel gehört. Die Sozialkosten und die steigenden Kosten sind längst nicht nur eine Folge der längeren oder andauernden Sozialhilfebezügler, sondern eine Folge des ganzen Professionalisierungsbusiness/Beraterbusinesses, das dahinter steckt und die Kosten in die Höhe treibt. Dies hat nicht einen unwesentlichen Einfluss auf die ständige Kostensteigerung. Basis des gemeinderätlichen Antrags, die Stellenprozentage der Sozialen Dienste um weitere 110 Stellenprozentage auf neu 580 Stellenprozentage zu erhöhen, bildet die neue Analyse der Beratungsfirma Bohren & Lehner GmbH. Im Analysebericht wird auch auf den vorhergehenden Bericht der Firma Gekom aus dem Jahr 2010 verwiesen; u. a. heisst es: "Auf welche Grundlagen (z. Bsp. Fallzahlen) der Bericht abstützt wird nicht ersichtlich". So findet jedes Beratungsun-

ternehmen wieder etwas Neues heraus. So wie ich diese neue Analyse verstanden habe, würde heute die Variante 2 mit 540 % genügen. Die Firma Bohren & Lehner GmbH baut noch eine Sicherheitsmarge ein und empfiehlt auf 560 Stellenprozente zu erhöhen. Der Gemeinderat, welcher ebenfalls auf der sicheren Seite stehen will und an eine weitere Zunahme der Fallzahlen glaubt, empfiehlt mit einer Zunahme auf 580 % Variante 4. Ich denke, wir sollten uns nicht immer nach dem Maximum ausrichten. Aber ich befürchte auch, wenn wir uns hier für das Minimum, welches die SVP vorschlägt, entscheiden, dann könnte das falsch sein. Daher bin ich der Meinung, dass die im Bericht ausgewiesenen 540 % genügen würden. Was für mich auch noch wichtig ist: Ebenfalls im Bericht steht, dass die Fallzahlen abnehmen könnten. Buchs, das steht im Bericht, hat eine sehr hohe Fluktuation im Bereich der Einwohnerzahlen und dies kann auch auf Fallfluktuationen Auswirkungen haben. Mit der Erhöhung auf total 540 % haben wir innerhalb von nur drei Jahren eine markante Steigerung von über 55 % erreicht. Eine noch stärkere Aufstockung erscheint mir nicht angebracht.

Antrag Ueli Kohler: Anstelle der vom Gemeinderat beantragten 110 % soll der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste um 70 % auf 540 Stellenprozente erhöht werden.

Herr Hans Hartmann: Ich möchte noch eine Anmerkung anbringen bezüglich der Aussage, dass wir nicht recht verstehen, warum es geht. Ich bin sehr erstaunt von der FDP, speziell von den Gewerblern unter euch, die nicht hinterfragen, wie Probleme gelöst werden. Alle, die Betriebe führen oder wie ich in der Industrie arbeiten, wissen, dass zuerst probiert wird, Prozesse anzupassen und Optimierungen zu treffen. Und erst als letzte Möglichkeit Stellenprozente erhöht werden. Interessant ist, dass man hier alles auf den Kopf stellt und sagt, erst mal erhöhen wir, wir wissen es braucht Stellen. Wir wissen überhaupt nichts. Wir wissen nicht, was noch an Optimierung möglich wäre. Deshalb erstaunt mich, dass man sagt, eine Stellenprozenterhöhung ist das einzig richtige. Und insbesondere, dass dies die FDP so übernimmt. Hansruedi, in deinem Betrieb analysierst du auch zuerst, was du optimieren kannst, bevor du zwei Leute einstellst, weil es gerade nötig ist und dabei sagst, Verbesserungen schenken wir uns. Dies ist einfach ein komisches Verhalten. Es geht nicht darum, Ineke, dass wir dies unter Umständen nicht akzeptieren können, wir waren das letzte Mal ja auch für eine Erhöhung. Aber dies soll einfach der letzte Schritt sein. Und bis jetzt fehlt mir, auch trotz dieser Studie, das Optimierungs- und Verbesserungenpotential, dies habe ich noch nirgends gesehen.

Herr Andre Rotzetter: Lieber Hans, ich gebe dir Recht, Sozialhilfeempfänger sind keine Kunden, die man zufriedenstellen muss. Das Ziel muss sein, diese Leute innerhalb des ersten Jahres wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Und wenn man weiss, wie zentral und wichtig Geschwindigkeit in diesem ganzen Geschäft ist, dann muss man sich gar nicht die Frage stellen, wieviel Ressourcen man braucht, sondern es ist ein Fakt, dass man die Leute innerhalb der ersten drei Monate wirklich intensiv an die Hand nehmen und dafür sorgen muss, dass sie in den Arbeitsmarkt zurückkommen. Innert dieser Frist sind die Arbeitgeber wieder bereit, diese Leute aufzunehmen. Sind sie ein oder zwei Jahr aus dem Arbeitsmarkt draussen, ist die Chance immer geringer und der Aufwand immer grösser. Ich führe auch einen Betrieb und ich weiss, was dies bedeutet und ich habe früher viel Arbeitsintegrationen gemacht. Wenn man weiss, dass man Fälle nicht betreuen kann, weil man die Ressourcen nicht hat, dann weiss man eigentlich, dass man Geld zum Fenster rausschmeisst. Und Birr hat diesen Zirkel durchbrochen. Sie haben am Anfang genügend Personenressourcen zur Verfügung gestellt, damit die Leute am Anfang betreut und in den Arbeitsmarkt zurückgebracht werden können. Deshalb haben sie eben die 40 % seit 2007 erreicht. Und das Ziel muss sein, dass die Kosten der Sozialhilfe gesenkt werden können. Die Leute sollen wieder selbstständig arbeiten können. Es geht nicht darum, ein bisschen Prozesse zu optimieren. Dies muss permanent gemacht werden und dies ist in jedem Betrieb ein Auftrag, der erledigt werden muss. Ich bitte euch inständig, dem Gemeinderat zu folgen.

Herr Andreas Burgherr: Ich habe bei diesen Diskussionen zugehört und muss sagen, es gibt ja auch Menschen, die hinter dem Ganzen stehen. Vor allem auch diese, die auf dem Sozialdienst arbeiten. Ich leite selber auch einen Betrieb. Und ich habe selber die Erfahrung gemacht, dass wenn ich meine Mitar-

beiter chronisch überlastet, dann fällt die Motivation, die Produktivität und die Freude zusammen, am Morgen zur Arbeit zu kommen und die Resultate werden schlechter. So gibt es immer zwei Aspekte, die es anzusehen gilt. Das eine sind die Leute, die die Säcke, wie es Joel sagt, auf den Esel laden und dies sind ja nicht die Mitarbeitenden selber, sondern sie müssen sie abarbeiten. Es gibt aber auch den anderen Aspekt, die Seite zu betrachten, weshalb immer mehr dreckiges Geschirr oder Säcke entstehen. Dies gilt es anzugehen. Aber zuerst müssen nun doch mal diese Altlasten erledigt werden, damit die Mitarbeitenden motiviert arbeiten können und Freude am Job haben, den sie ausführen. Ich denke, es braucht wohl diese Erhöhung auf 580 %. Aber wir müssen die Hausaufgabe mitnehmen und uns überlegen, ob es Möglichkeiten gibt, diese Säcke, die ständig kommen, zu verringern. Und dies sind strukturelle, gesellschaftliche und politische Aufgaben. Ich bitte euch, dem Gemeinderat zu folgen, aber auch die Hausaufgaben zu erledigen.

Herr Dimitri Spiess: Ihr könnt an dieser Debatte lernen, wie die SVP Probleme bewirtschaftet. Wie es Hans Hartmann gesagt hat, Probleme zu lösen ist nicht das Ziel der SVP. Er hat bereits die Schlagzeile für Buchs definiert. Wenn Sie die Schlagzeilen im Blick wegen Sozialmissbrauch und anderen Geschichten, die aus dem Ruder laufen, nicht mehr lesen wollen, dann braucht man einen Sozialdienst, der gut datiert ist, gut ausgerüstet ist und sauber arbeiten kann und nicht eine Partei, die dauernd die Sozialhilfe und die sozialen Institutionen zusammenstreicht, damit danach alle bei der Gemeinde und den Sozialen Diensten landen. Die IV-Revision, die Arbeitslosenversicherungs-Leistungsreduktionen, all dies ist eine Politik, die die SVP seit Jahren betreibt und hier im Rat führt sie diese Politik fort. Sie will diese Fälle einfach bewirtschaften, will wieder, dass es solche Fälle gibt und möchte überall die Stellen bei den Sozialen Diensten reduzieren wo immer es möglich ist, so dass wir weiterhin Probleme haben und darüber diskutieren müssen. Ich möchte dies nicht. Ich möchte, dass Teilzeitstellen gefördert werden. Sie sind ein modernes Angebot und dass, was eine moderne Schweizer Familie braucht. Es sind nur noch Leute, die wir über Kontingente holen, die 100 % arbeiten möchten. Wenn wir Schweizer und Schweizerinnen anstellen möchten, dann braucht es Teilzeitstellen. Auch hier ist es die Bewirtschaftung eines Problems, und dies stört mich einfach. Geschätzte SVP, helft mit, Probleme zu lösen und nicht Probleme zu bewirtschaften.

Herr Hans Hartmann: Die SVP war bereit auf 520 Stellenprozente zu erhöhen. Wenn du Dimitri jetzt sagst, wir würden etwas bewirtschaften und sind für die Streichung von Stellen, dann kann sich jeder ein Bild machen, dies entspricht nicht der Wahrheit. Ein Schlagabtausch zwischen SVP und SP ist gut und unterhaltsam. Aber ich möchte dies doch richtig stellen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich möchte mich bei Hans für die Blumen herzlich bedanken, die er uns verteilt hat. Wir nehmen diese gerne entgegen. Ich bin erfreut, dass ihr feststellt, dass wir einen guten Job machen. Prozessoptimierung hat angefangen mit der Einstellung von neuen Personen, mit denen wir nun arbeiten. Dies war der erste Schritt, um Prozesse zu optimieren und die Sache anzugehen. Dies hat mein Vorgänger noch in die Wege geleitet und dafür bin ich ihm sehr dankbar. Wir haben ein sehr gutes Team, welches jeden Tag überprüft, ob Abläufe verbessert werden können. Es wird auch heftig diskutiert, immer wieder umgesetzt und gewisse Dinge in Frage gestellt. Ich möchte die SVP einladen, egal wie diese Abstimmung ausgeht, mit einer Delegation und mit mir die Sozialen Dienste zu besuchen um sehen, wie gearbeitet wird. Ich denke die ganze Fraktion wäre etwas gross aber einzelne Mitglieder. Ich fände es toll, wenn sich einige dafür Zeit nehmen würden. Die Schlagzeilen von Birr haben wir gelesen und analysiert und festgestellt, dass wir diesen Job bereits erledigt haben. Wir sind Birr voraus und durften feststellen, wir sind soweit, dass haben wir alles schon gemacht. Kundenwünsche erfüllen wir nicht, sondern wir sagen den Kunden, was sie zu tun haben. Denn wir möchten sie möglichst rasch integrieren. Es gibt einen Vorschlag zur Alternative des Gemeinderats. Lasst euch wählen in das Kantons- und Bundesparlament und seit besorgt darum, dass diese Abläufe anders ablaufen. Dies ist der Vorschlag, den ich euch machen kann.

Herr Urs Füllemann: Um noch ein weiteres Beispiel für unsere Bürokratie zu nennen. Als diese KESB eingeführt wurde am 1. Januar 2013, da war ich schon skeptisch. Man führt wieder eine Behörde ein, eine Stelle, die befiehlt und die Kantone und Gemeinden müssen es ausführen. Nur ein Beispiel von einer Gemeinde im Kanton Zürich, die eine Flüchtlingsfamilie betreut und sage und schreibe Fr. 60'000.-- ausgibt und dadurch die Steuern erhöhen muss. Die KESB ist eine Behörde, die geschaffen wurde und viel Bürokratie nach sich zieht, befiehlt und die Gemeinden sind die leidtragenden. Und dem muss man einfach Einhalt bieten. Ich schätze die Arbeit des Gemeinderats, sehe ebenfalls gewisse Probleme, sie wurden bereits angetönt. Es geht um Menschen, die man begleiten muss. Aber wir haben auch eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahlern, auch in Buchs. Und deshalb ist die SVP der Meinung, dass hier nicht auf 580 Stellenprozente erhöht werden soll.

Abstimmungen

Gegenüberstellung des Antrags der SVP

Der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste sei ab 1. Januar 2015 von 470 % um 50 % auf 520 % zu erhöhen.

und des Antrags von Herrn Ueli Kohler

Anstelle der vom Gemeinderat beantragten 110 % soll der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste um 70 % auf 540 Stellenprozente erhöht werden.

Der Antrag von Herrn Ueli Kohler obsiegt mit 22 : 13 Stimmen.

Gegenüberstellung des Antrags von Herrn Ueli Kohler

Anstelle der vom Gemeinderat beantragten 110 % soll der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste um 70 % auf 540 Stellenprozente erhöht werden.

und des Antrags des Gemeinderats

Dem Einwohnerrat Buchs wird beantragt, der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste sei ab 1. Januar 2015 von 470 % um 110 % auf 580 % zu erhöhen.

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 20 : 19 Stimmen.

Schlussabstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt, der Stellenplan der Abteilung Soziale Dienste sei ab 1. Januar 2015 von 470 % um 110 % auf 580 % zu erhöhen.

Dem Antrag wird mit 22 : 17 Stimmen zugestimmt.

Wasserleitungersatz im Buchsermarchweg (Gemeindegebiet Suhr) und in der Marchstrasse (Gemeindegebiet Buchs). Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 2. September 2014)

Frau Maja Frey, Mitglied der FGPK (erläutert die Vorlage mit einer Präsentation): Wie wir wissen kommt unser Buchser Hahnenwasser bekanntlich aus dem Reservoir beim Suhrerkopf und fliesst zuerst durch Suhr zu uns nach Buchs. Mit der Überarbeitung des Generellen Wasserversorgungsprojekts (GWP) wird ein grösseres Reservoir geplant. Unter anderem braucht es mehr Löschwasserreserven, die die Gebäudeversicherung vorschreibt. Zudem wächst die Buchser Einwohnerzahl und der Wasserverbrauch wird grösser. Dafür braucht es grössere Rohrleitungen. Und da diese Leitungen schon älter sind, nehmen auch die Schadensfälle in den letzten Jahren zu. Deshalb muss die alte Reservoirleitung etappenweise ersetzt werden. Die Erneuerung passiert in drei Etappen. Die erste Etappe der Wasserleitung hat man bereits im Sommer 2012 auf Suhrerboden ausgeführt. Dies ist ebenfalls auf meiner Präsentation ersichtlich (Sagweg zwischen Bachstrasse bis Tramstrasse). Die zweite Etappe betrifft nun unser heutiges Projektbegehren. Dies erfolgt quer von der Tramstrasse zu der Bachstrasse auf Buchser Gebiet. Die dritte Etappe wird dann vom Reservoir auf dem Suhrerkopf bis zur Bachstrasse in Suhr in ca. zwei Jahren ausgeführt werden. Zusätzlich zur vergrösserten Wasserleitung wird bei der zweiten Etappe ein grösserer Mess- und Übergabeschacht beim Übergang Buchsermarchweg - Marchstrasse gebaut. Unser Schacht wird etwa doppelt so gross sein, wie jener, welcher ihr hier auf dem Bild sehen könnt. Weil der Schacht dann auch östlicher gebaut wird, braucht es dazu noch einen kleinen Landabtausch. Dieser Landabtausch soll jedoch kostenneutral sein. Die fast 490 Meter lange Erneuerung der Wasserleitung wird in drei Teilabschnitte mit unterschiedlich grossen Rohren entlang der Buchsermarchstrasse (Suhrer Boden) und der Marchstrasse in Buchs gebaut, zwischen der Tram- und Bachstrasse Buchs. Gleichzeitig ersetzt die IBAarau AG während dieser Bauphase die Niederspannungsleitung in der Marchstrasse. Zudem vergrössern ebenfalls die technischen Betriebe von Suhr ihre Wasserleitung parallel zu unserer Leitung und sie wird an den neuen Mess- und Übergabeschacht angeschlossen werden. Suhr beteiligt sich deshalb mit rund 1/3 an den Kosten für diesen Schacht. Diese sind allerdings nicht in unserer Rechnung eingerechnet.

Kostenübersicht

Wasserleitung

Tiefbauarbeiten	Fr.	200'000.--
Werkleitungen für Wasser	Fr.	275'000.--
Entschädigungen und Gebühren	Fr.	3'000.--
Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Fr.	46'000.--
Honorare	Fr.	36'000.--

Total Wasserleitung (exkl. MwSt.)

Fr. 560'000.--

Mess- und Übergabeschacht

	Anteil TBS Suhr	Anteil Buchs
Baumeisterarbeiten	Fr. 35'000.--	Fr. 70'000.--
Rohrbauarbeiten	Fr. 9'000.--	Fr. 47'000.--
Elektroarbeiten	Fr. 4'000.--	Fr. 8'000.--
Fernsteuerung	Fr. 0.--	Fr. 42'000.--
Entfeuchter	Fr. 1'000.--	Fr. 2'000.--
Entschädigungen und Gebühren	Fr. 0.--	Fr. 4'000.--
Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Fr. 5'000.--	Fr. 17'000.--
Honorare	Fr. 8'000.--	Fr. 28'000.--
Total Schacht (exkl. MwSt.)	Fr. 62'000.--	Fr. 218'000.--

Landumlegung

Mutation	Fr.	4'000.--
Geometer (inkl. Vermarktung)	Fr.	10'000.--
Notar	Fr.	8'000.--
Total Landumlegung (exkl. MwSt.)	Fr.	22'000.--
Gesamttotal (exkl. MwSt.)	Fr.	800'000.--

Die Zahlen wurden aufgrund von ähnlichen Projekten anlässlich der Preisbasis im April 2013 berechnet. Die Abweichungen betragen +/- 10 %.

Finanzierung

Das Wasserwerk wird als Eigenwirtschaftsbetrieb der Einwohnergemeinde geführt und über Gebühren finanziert. Es hatte per Ende 2013 ein Guthaben von Fr. 2'949'624.91. Die vorgesehene Investition des Eigenwirtschaftsbetriebs kann somit aus diesen Mitteln finanziert werden. Die MwSt. wird bei den Eigenwirtschaftsbetrieben nicht dazugerechnet, d. h. exkl. MwSt. (Vorabzug).

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), für den Wasserleitungsersatz im Buchsermarchweg (Gemeindegebiet Suhr) und in der Marchstrasse (Gemeindegebiet Buchs) sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 800'000.--, exkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand April 2013), zulasten der Investitionsrechnung zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Hans Hartmann: Ich habe eine Frage an die Abteilung Bau Planung Umwelt. Honorarkosten betragen Fr. 64'000.--. Ich weiss nicht, wie viel Zeit es braucht, um diese Abklärungen zu treffen. Dieser Betrag ist ein Jahreslohn eines Arbeiters. Solche Dinge übernehmen wir einfach und sagen, es sei Gott gewollt, diese Honorare sind halt so teuer, ist eine SIA-Norm. Es ist halt immer alles so teuer. Und wenn man immer so argumentiert, dann muss man sich auch nicht wundern, wenn alles immer teurer wird und die Steuern steigen. Meine Frage an Gemeindeammann Urs Affolter: Kann man dies nicht mal anpacken?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Dies, was wir euch hier präsentieren, sind nicht Arbeitsvergaben, diese vergibt nämlich der Gemeinderat. Dies ist ein Kostenvoranschlag. Und dieser Kostenvoranschlag rechnet mit den Kosten, wie man sie annimmt, dass sie anfallen. Ingenieure/Planer/Architekten müssen sich an KBO-Tarife halten. Dies ist ein interkantonaler Tarif. Danach ist es Verhandlungssache, wie viele Rabatte sie noch gewähren, wie dies bei anderen Aufträgen auch der Fall ist. Wir haben gewisse Ansprüche an Planer, die wir beauftragen, u. a., dass diese auch in der Lage sind, diese Projekte zu planen.

Frau Sonja Füllemann: Ich habe eine Frage zu diesem Vorabzug für Eigenwirtschaftsbetriebe. Wie ist dieser gemeint? Das ist mir nicht klar. Ich kann mir vorstellen, dass Tiefbauten von der MwSt. befreit sind. Wie ist dies, müssen wir noch mit MwSt. rechnen oder nicht?

Herr Adrian Meier, Leiter Finanzen: Die Eigenwirtschaftsbetriebe Wasser, Abwasser und Abfall sind MwSt.-pflichtig. D. h. wir müssen auf den Gebühren, die wir einnehmen, MwSt. abliefern und auf den Ausgaben/Aufwendungen, die wir haben, d. h. Rechnungen, die wir bekommen und auf denen die MwSt.

belastet ist, können wir diese als Vorsteuer abziehen. Wir verbuchen in diesen Betrieben netto und deshalb ist der Kredit auch netto beantragt, weil wir die MwSt. zurückfordern können.

Antrag

Für den Wasserleitungersatz im Buchsermarchweg (Gemeindegebiet Suhr) und in der Marchstrasse (Gemeindegebiet Buchs) sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 800'000.--, exkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand April 2013), zulasten der Investitionsrechnung zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen zugestimmt.

Aufgaben- und Finanzplan 2015 - 2018

(Botschaft des Gemeinderats vom 2. September 2014)

Frau Sonja Füllemann, Präsidentin FGPK (erläutert die Vorlage mit einer Präsentation): Ich gehe hier nicht gross auf die Zahlen ein, weil diese alle im Aufgaben- und Finanzplan ersichtlich sind.

Vorbemerkungen

Der Aufgaben- und Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich, er dient dem Gemeinderat als Planungsinstrument und wesentliche Entscheidungshilfe für neue Investitionen. Wir, der Einwohnerrat, kann davon lediglich Kenntnis nehmen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass eine Finanzplanung eine "rollende Planung" ist, welche sich dauernd ändert. Ein Finanzplan ist grundsätzlich immer ein Worst-Case-Szenario, man geht immer vom Unwahrscheinlichsten aus, sei es in Bezug auf den Zeitpunkt der Investition aber auch in Bezug auf die Investitionskosten. "Investitionen dauern immer länger als gedacht und kosten in der Regel nicht, was man plant". Die FGPK hat sich trotzdem kritisch mit dem Aufgaben- und Finanzplan auseinandergesetzt und ich möchte nachfolgend einige Fakten und Diskussionspunkte erläutern:

Planungsgrundlagen für die Jahre 2015 - 2018

Die Planung stark beeinflusst haben grössere, bevorstehende Investitionen zum Beispiel bei den Schulanlagen, wobei es hier entgegen dem Bericht des Gemeinderats auf Seite 1 nicht nur um Schulanlagen der KSBR in Aarau Rohr sondern auch um Schulanlagen in Buchs handelt, der Bau der Verbindungsspanne Buchs-Nord sowie unzählige Sanierungen u. a. die Lärmsanierungen bei Kantons- und Gemeindestrassen.

In die Planung einbezogen wurden im Weiteren:

- Zinsfuss:- es kann aufgrund der Prognosen mit weiterhin tiefen Zinssätzen gerechnet werden
 - Teuerung/Nettoaufwand - der Nettoaufwand wurde im Finanzplan auf dem Stand des Budgets 2015 eingefroren
 - Steuerfuss - der Gemeinderat rechnet ab 2016 mit einem Steuerfuss von 105 %
 - Konzessionsabgabe der IBAarau Strom AG - es kann von einer gleichbleibenden Auszahlung ausgegangen werden
 - Selbstfinanzierte Betriebe - Buchs führt bekanntlich selbstfinanzierte Eigenwirtschaftsbetriebe
- Ebenfalls beeinflusst haben die Planung die mutmasslichen Steuererträge.

Bei den natürlichen Personen rechnet der Gemeinderat, unter Berücksichtigung der Prognosen des Kantonalen Steueramts für die kommenden Jahre wie folgt:

Veränderung zu Vorjahr

Rechnungsjahre	2015	2016	2017	2018
Wachstum Steuereinnahmen	1.0 %	2.5 %	3.0 %	3.0 %
Buchser Zahlen in Mio. Franken	14.9	15.3	15.7	16.2

Bei den juristischen Personen rechnet der Gemeinderat für:

Veränderung zu Vorjahr

Rechnungsjahre	2015	2016	2017	2018
Wachstum Steuereinnahmen	4.0 %	0.0 %	2.0 %	2.0 %
Buchser Zahlen in Mio. Franken	3.8	3.8	3.9	4.0

Investitionen

Für die Jahre 2015 - 2018 wird mit folgenden Investitionen gerechnet:

- Beim Verwaltungsvermögen (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe) Fr. 19'294'000.--
- Beim Finanzvermögen mit Fr. 1'000'000.--
- Beim Wasserwerk mit Fr. 4'190'000.--
- Bei der Abwasserbeseitigung mit Fr. 3'793'000.--
- Bei der Abfallbewirtschaftung mit Fr. 190'000.--

Dies ergibt ein Total für die Jahre 2015 - 2018 von Fr. 28'467'000.--.

Der Investitionsbetrag von Fr. 19'294'000.-- beim Verwaltungsvermögen beinhaltet Beträge für die kommenden vier Jahre im Umfang von:

- Projekte in Bau Fr. 4'213'000.--
- Projekte beschlossen Fr. 140'000.--
- Projekte geplant Fr. 14'941'000.--

Ergebnis

Beim Aufgaben- und Finanzplan wurde mit dem neuen, durch das Gemeindeinspektorat geschaffene Tool für Aufgaben- und Finanzplanung gearbeitet. Auffallend bei den Ergebnissen sind vor allem die schlechten Selbstfinanzierungsgrade im Durchschnitt der Jahre. Bei der Einwohnergemeinde (ohne Wasserwerk, Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft) liegt der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad bei 29 %, beim Wasserwerk bei 49.4 %, bei der Abwasserbeseitigung bei 17.6 % und bei der Abfallwirtschaft bei 15.3 %. Ein Wert < 50 % wird vom Gemeindeinspektorat als ungenügend eingestuft. Der schlechte durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad hat den Gemeinderat wohl dazu bewogen, ab dem Jahr 2016 die Erhöhung des Steuerfusses um 8 % auf 105 % ins Auge zu fassen.

Demgegenüber darf man allerdings auch auf den sehr hohen Eigenkapitaldeckungsgrad von 293 % hinweisen. Das Gemeindeinspektorat schreibt, dass ein Eigenkapitaldeckungsgrad von über 100 % auf einen hohen Reservebestand hinweist. Aufsichtsrechtlich muss dieser mindestens 30 % betragen. Das soll nicht bedeuten, dass wir unser Tafelsilber verscherbeln sollen, aber es zeigt, dass die Gemeinde Buchs nicht nur Schulden, sondern auch ein Vermögen besitzt.

Folgerung

Der Gemeinderat hebt die enormen Investitionen und damit verbunden den Anstieg der Schulden hervor. Wie aber bereits erwähnt, "dauern Investitionen länger als gedacht und kosten nicht soviel wie geplant". Deshalb wird der Gemeinderat nach der Erstellung des Rechnungsabschlusses 2014 den Aufgaben- und Finanzplan 2015 - 2018 nochmals überarbeiten und dem Einwohnerrat als Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019, zusammen mit dem Budget 2016, wieder zur Kenntnis unterbreiten.

Der FGPK ist bewusst, dass der Investitionsbedarf der Gemeinde Buchs in den kommenden Jahren sehr hoch sein wird und dies zu einer angespannteren Finanzlage führen wird. Die FGPK hat auch festgestellt, dass die Gemeinde Buchs eine überdurchschnittliche Zunahme der Einwohner verzeichnen kann, was zwangsläufig zu Investitionen führt. Demgegenüber steigen aber die Steuereinnahmen nicht unbedingt überdurchschnittlich.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), vom Aufgaben- und Finanzplan 2015 - 2018 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Herr Urs Knecht: Ich habe eine Frage zur Seite 7, "Diverse Sanierungen und Neubauten". Hier sind ab 2016 - 2024 pro Jahr 3 Mio. Franken eingestellt. Diese Beträge tragen massgeblich dazu bei, dass die Verschuldung ansteigt und dadurch der Selbstfinanzierungsgrad sinkt und zwar so sinkt, dass die Steuern angehoben werden müssen. Ist es realistisch, dass im 2016 bereits 3 Mio. Franken ausgegeben werden können für etwas, was eigentlich gar noch nicht konkret bekannt ist? Was steckt hinter diesen 3 Mio. Franken?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Weshalb es hier so steht, das habe ich selber nicht herausgefunden. Hier geht es um nichts anderes als um Investitionen in die Schulen. Hier besteht ein grosser Handlungsbedarf. Im 2016 hat man einen Betrag eingestellt für allfällige Provisorien. Konkrete Zahlen kennen wir aber noch nicht. Wir wollen den Steuerfuss nicht erhöhen, solange diese Zahlen nicht erhärtet sind. Es gibt eine Zahl, die ein Planungsbüro vor einige Jahren in die Luft gesetzt hat, und dieses Planungsbüro sprach von 60 Mio. Franken Investitionen in unsere Schulanlagen. Mit diesem Betrag, den wir eingesetzt haben, haben wir den Finger in die Luft gehalten. Wir haben uns entschieden, mit 30 Millionen zu rechnen, im Wissen, dass dies ganz bestimmt ein zu tiefer Betrag sein wird. Aber wir können nicht sagen, wieviel mehr. Wir haben diesen Betrag als Platzhalter eingesetzt. Es ist auch nicht unbedingt realistisch, dass dies über so eine lange Zeit anfällt, aber im Moment ist es nicht genauer definierbar. Diese Investitionen führen dazu, dass der Selbstfinanzierungsgrad auf ein Level sinkt, das nicht akzeptabel ist. Und nun blinkt die rote Lampe für den Gemeinderat. Diese Beträge können mit kleineren Einsparungen im Rahmen des Budgets nicht korrigiert werden. Diese Investitionen werden kommen und müssen finanziert werden. Ich habe der Presse vor einiger Zeit gesagt, als hier die Steuern gesenkt wurden, dass wenn Bedarf besteht, alle bereit sind, auch wieder eine Anpassung nach oben vorzunehmen. Wenn wir dies nicht machen, laufen wir in ein Debakel und dies kann nicht sein.

Herr Andreas Frey: Ich habe bei "Projekte im Bau" das Altersheim nicht gefunden. Weshalb ist es nicht aufgeführt?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir haben unsere Aufgabe gelöst und die finanziellen Verpflichtungen gegenüber der AG sind erledigt. Die Beträge wurden gesprochen, werden noch in diesem Jahr ausbezahlt und erscheinen deshalb nicht mehr. Die AG ist nun verantwortlich.

Herr Urs Füllemann: In die Schulanlagen muss investiert werden. Darüber müssen wir nicht diskutieren. Wie weit ist man in der Diskussion um eine Zusammenarbeit/Fusion der Kreisschule Buchs-Rohr mit den Schulen Aarau? Ich gehe davon aus, falls es hier zu einer Zusammenarbeit kommt, dass Buchs diese Investitionen nicht alleine tragen muss. Kann der Gemeinderat sich dazu äussern?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Diese Investitionen werden in jedem Szenario anfallen. Wir sind hier in Buchs auf einem tiefen Level. Die Schulpflege kam auf uns zu und wir möchten die Zahlen, von denen wir vorher gesprochen haben, gemeinsam konkretisieren. Wir möchten in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, in welcher Vertreter des Gemeinderats und der Schulpflege Einsitz nehmen, alles weiterentwickeln.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Nächstens erhält ihr die Vorlage, über die im Dezember im Einwohnerrat beschlossen wird. Es geht darum, den Projektierungskredit zu beantragen, damit danach die Planungsarbeiten vorangetrieben werden können. Darin enthalten ist der Punkt, dass man die ganze Finanzierung dieser Bauten in mindestens zwei Varianten begutachtet. Variante 1: Wenn die Abstimmungsvorlage für eine grosse Schule Anklang findet, dann plant man gemeinsam, es gibt einen Kostenteiler und vermutlich weniger Investitionen, weil vermutlich gewisse Dinge zusammengelegt werden können. Ich bin hier jedoch bewusst vorsichtig, weil wir nicht genau wissen, wie Aarau nun plant. Hier sind aber ständig Gespräche im

Gang und wir müssen noch intensiver ins Gespräch kommen. Es könnte aber auch sein, dass die ganze Vorlage vom Volk nicht angenommen wird. Und dann benötigen wir auch noch eine Variante 2: Wenn Buchs alles alleine finanzieren muss. Ein Faktor, der ebenfalls in das Ganze hineinspielt: Gemäss den neusten Planungszahlen der Schülerzahlen ist noch nicht sicher, dass Buchs weiterhin die Oberstufe behalten kann. Dies ist ein weiterer Faktor, zu der bei Variante 2 dann ebenfalls noch eine Variante 2 A und 2 B geplant werden muss, mit und ohne Oberstufe nämlich. Dies sind alles Optionen, die mit dem Planungskredit abgeklärt werden müssen, damit man danach Zahlen hat, aufgrund derer der Einwohnerrat entscheiden kann, ob eine grosse Kreisschule mit Aarau gemeinsam umgesetzt werden soll oder nicht. Es ist unser Auftrag, diese Zahlen zu liefern.

Antrag

Vom Aufgaben- und Finanzplan 2015 - 2018 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Vom Aufgaben- und Finanzplan wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen Kenntnis genommen.

Budget 2015

Frau Sonja Füllemann, Präsidentin der FGPK (erläutert ihren Vortrag mit einer Präsentation): Ich gehe hier nicht weiter auf die Zahlen ein, diese konntet ihr selber nachlesen und es ist ebenfalls ein Zeitungsartikel dazu erschienen. Das Budget 2015 der Gemeinde Buchs ist bereits das dritte Budget nach dem neuen Rechnungsmodell HRM2. Das Rechnungsmodell ist uns dadurch mittlerweile vertraut und es können jetzt wieder besser Vergleiche mit den Vorjahren angestellt werden.

Das Budget ist wie der Aufgaben- und Finanzplan ein Worst-Case-Szenario. Ich möchte unser vorliegendes Budget nicht verharmlosen, aber es muss uns bewusst sein, dass überall, sei es bei den Aufwänden oder Erträgen mit dem "Schlimmsten" gerechnet wird.

Einen markanten Einfluss beim Budget 2015 gegenüber dem Vorjahr hat der Verzicht auf die jährliche Entnahme eines Betrags aus der Aufwertungsreserve. Während im Budget 2014 und der Rechnung 2013 noch je Fr. 1'524'000.-- aus der Aufwertungsreserve entnommen wurden und sich dadurch das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung (ohne Werke) im Budget 2014 von minus Fr. 1'766'700.-- auf minus Fr. 242'700.-- reduzierte und in der Rechnung 2013 von Fr. 45'069.-- auf Fr. 1'569'069 erhöhte, zeigt nun das Budget 2015 das Gesamtergebnis von minus Fr. 1'363'300.-- auch als operatives Ergebnis. Hätte man im Budget 2015 ebenfalls eine Entnahme aus der Aufwertungsreserve geplant, würde sich das operative Ergebnis von einem Aufwandüberschuss von 1'363'300.-- in ein positives Ergebnis von Fr. 160'700.-- umwandeln.

Einwohnergemeinde ohne Werke

(in Fr.)	Budget 2015	Budget 2014	Rechnung 2013
Operatives Ergebnis	-1'363'300.--	-1'766'700.--	45'069.--
Ausserordentlicher Ertrag	0.--	1'524'000.--	1'524'000.--
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-1'363'300.--	-242'700.--	1'569'069.--
Ausserordentlicher Ertrag	1'524'000.--		
Operatives Ergebnis	160'700.--		

Die markantesten Belastungen im Budget 2015 betreffen den Besoldungsanteil an die Lehrerlöhne, allerdings wird dies durch den Wegfall des Gemeindeanteils an die Spitalfinanzierung kompensiert. Weiter belasten das Budget die Umsetzung des Pflegegesetzes, der starke Anstieg der Aufwendungen im Sozialhilfe-Bereich aber auch die Restkosten für Sonderschulung und Heimaufenthalte. Demgegenüber rechnet der Gemeinderat jedoch mit höheren Steuereinnahmen, welche durch die Erhöhung der Einwohnerzahlen generiert werden sollte. Die Gemeinde Buchs muss im 2015 keinen Beitrag an den Finanz- und Lastenausgleich zahlen, dies jedoch nur, weil die Differenz der bereits erwähnten Lehrerbesoldung/Spitalfinanzierung für die Gemeinde Buchs eine Differenz von minus Fr. 173'000.-- ergibt.

Ich möchte nachfolgend ebenfalls in Bezug auf die Entnahme aus der Aufwertungsreserve näher auf die Investitionsrechnung eingehen und aufzeigen, wie sich eine Entnahme da auswirken würde:

Während bei den Beträgen Selbstfinanzierung aus Abschreibungen beim Budget 2014 (Fr. 941'900.--) und der Rechnung 2013 (Fr. 2'753'725.--) die Entnahme aus der Aufwertungsreserve bereits berücksichtigt ist, sind die minus Fr. 177'400 beim Budget 2015 ohne Entnahme aus der Aufwertungsreserve. Hätte man die Entnahme aus der Aufwertungsreserve auch im Budget 2015 berücksichtigt, so würde sich der Finanzierungsfehlbetrag von minus Fr. 3'375'600.-- auf eine minus Fr. 1'851'600.-- verändern bzw. reduzieren.

(in Fr.)	Budget 2015	Budget 2014	Rechnung 2013
Ergebnis Investitionsrechnung	-3'198'200.--	-5'113'000.--	-2'618'477.--
Selbstfinanzierung aus Abschreibungen	-177'400.--	941'900.--	2'753'725.--
Finanzierungsüberschuss (+), Finanzierungsfehlbetrag (-)	-3'375'600.--	-4'171'100.--	135'248.--
Ergebnis Investitionsrechnung	-3'198'200.--		
Selbstfinanzierung aus Abschreibungen (inkl. Entnahme aus Aufwertungsres.)	1'346'600.--		
Finanzierungsfehlbetrag	-1'851'600.--		

Somit komme ich, einmal mehr, zum Selbstfinanzierungsgrad. Es kommt nicht von ungefähr, dass er auch als das Mass aller Dinge bezeichnet wird, da er aufzeigt, mit welchen Mitteln eine Gemeinde die Investitionen finanzieren kann. Ich bin deshalb auch an der Einwohnerratssitzung vom Juni explizit auf dieses Thema eingegangen. Nach den Berechnungen des Gemeinderates werden wir, wenn alle Investitionen so kommen wie geplant, über einen Selbstfinanzierungsgrad von lediglich 6 % verfügen. Diese Kennzahl ist bekanntlich ungenügend. Trotzdem möchte ich im gleichen Atemzug nochmals festhalten, dass die Gemeinde Buchs immerhin einen Eigenkapitaldeckungsgrad von gegen 300 % ausweist, was auf einen hohen Reservebestand hinweist.

Wie kann man dem entgegenwirken? Es gibt verschiedene Möglichkeiten, entweder die Einnahmen erhöhen oder die Ausgaben, u. a. Investitionen, reduzieren.

Zu den Ausgaben:

Bei den Investitionen besteht für unsere Gemeinde nur ein kleiner Handlungsspielraum. Viele der für 2015 budgetierten Investitionen sind gebundene Ausgaben und können von uns nicht oder nicht mehr beeinflusst werden, entweder weil der Kanton diese befiehlt und wir bezahlen müssen - das sieht man gut im Budget z. Bsp. auf Seite 82. Dort steht, dass der Regierungsrat dies angeordnet hat. Bei den meisten Investitionen steht "Regierungsrat". Oder es sind Investitionen, die der Einwohnerrat bereits bewilligt hat. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht zum Budget 2015, dass alle Kreditanträge in Bezug auf Bedürfnis und Dringlichkeit zu prüfen und zu dokumentieren sind. Eigentlich ist es müssig, im Kleinen zu sparen, andererseits ergeben 10 x Fr. 1'000.-- auch wieder Fr. 10'000.--.

Zu den Einnahmen:

Die Einnahmen einer Gemeinde bestehen zum Grossteil aus den Steuereinnahmen. Wie aus dem Finanzplan ersehen werden kann, beabsichtigt der Gemeinderat per 2016 eine Steuerfusserhöhung um 8 % von heute 97 % auf 105 %. Eine Steuerfusserhöhung allein generiert aber nicht automatisch auch höhere Steuereinnahmen; denn diese müssen auch eingehen und notfalls eingetrieben werden. Damit komme ich zu einem Punkt, welcher die externe Revisionsstelle UTA Comunova AG in ihrem Bericht ebenfalls beanstandet hat. Die Gemeinde Buchs hat einen relativ hohen Steuerausstand und liegt per Ende 2013 bei über 20 % und rund 6 % über dem Kantonsdurchschnitt. Die Gemeinde Buchs muss sich dieser Prob-

lematik annehmen und da nun handeln. Die FGPK unterstützt diese Absicht voll und ganz, die Steuerausstände müssen unbedingt reduziert werden.

Es gibt eine deutsche Weisheit, mit welcher ich meine Ausführungen kurz zusammenfassen möchte: "Auch im Alphabet kommt Anstrengung vor Erfolg". Will heissen, dass wir uns alle anstrengen und bemüht sein müssen, die Finanzen, zum Teil auch im kleinen, im Griff zu haben. Nur so kann sich auch Erfolg einstellen.

Die FGPK hat das Budget akribisch geprüft. Wir haben festgestellt, dass die sieben fetten Jahre voraussichtlich vorbei sind und die sieben mageren Jahre bevorstehen. Aber wie erwähnt, das Budget ist immer ein Worst-Case-Szenario und mit grossen Anstrengungen können wir Erfolge erzielen.

In der Beratung sind zum Budget drei Anträge eingegangen:

- Konto 6290.3634.00 Öffentlicher Verkehr, übriges; Ankauf Tageskarten SBB: Der Betrag von Fr. 38'700.-- ist um den Betrag für eine vierte Tageskarte der Gemeinde von Fr. 12'900.-- auf Fr. 51'600.-- zu erhöhen
- Konto 6150.5010.15 Gemeindestrassen; Suhrensteg "Im Loch" (Investitionsrechnung): Der Betrag von Fr. 220'000.-- für die Sanierung der Brücke sei auf den Betrag von Fr. 15'000.-- für die Ausbesserung der schadhaften Stellen zu reduzieren
- Der Steuerfuss sei für 2015 auf 102 % zu erhöhen

Alle drei Anträge wurden in der FGPK abgelehnt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), das Budget 2015 bei einem unveränderten Steuerfuss von 97 % sei gutzuheissen.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Der Aufgaben- und Finanzplan und das Budget sind für uns kein Worst-Case-Szenario. Es ist für uns ein Planungsinstrument, welches zeigen soll, in welche Richtung es gehen soll. Was sich mit dem Budget 2015 abzeichnet, hat sich bereits im Finanzplan 2014 - 2017 abgezeichnet. Mit der Rechnung 2013 ist es auch so eingetreten. Es ist uns ebenfalls bewusst, dass bei den Steuerausständen ein Manko besteht. Wir haben in den Legislaturzielen erwähnt, dass wir dort Verbesserungen wollen. Durch das IBAarau AG-Projekt, welches beinhaltet, dass neu die Wasser- und Abwasserablesung durch die IBAarau AG erfolgt, entstehen freie Kapazitäten in der Abteilung Finanzen, die wir nützen wollen, um den Steuerausständen aktiver nachzugehen.

Herr Ueli Kohler: Wie bereits im Finanzplan erwähnt, hat auch hier der Gemeinderat festgestellt, dass Sparmassnahmen nur bei den Aufwendungen eben nicht genügen. Anstelle zu zeigen, welche Sparmassnahmen nun eben möglich sind, hält er den Mahnfinger auf und sagt, dass voraussichtlich ab 2016 der Steuerfuss auf 105 % erhöht werden muss. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass eine Steuerfusserhöhung um 8 % rund 1.3 Mio. Franken auf der Einnahmenseite einbringt, wenn sie dann auch eingefordert und hier sind. Eine gleiche Summe könnte man mit Sparanstrengungen bei den Gesamtaufgaben um 4.5 % ebenfalls erreichen. Beim Studium des vorliegenden Budgets kamen mir ab und zu Zweifel, ob immer nach den Grundsätzen der Notwendigkeit, Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit budgetiert worden ist? Für mich ist hier das Wissen, Können, Wollen, betreffend den Sparmassnahmen oder -möglichkeiten nicht ausgewogen. Ich konnte keine Sparanstrengungen feststellen. Da wir leider dem Gemeinderat kein Globalbudget mit einem entsprechenden Ausgabemaximum vorgeben (können), werde ich im Verlauf der Diskussion die eine oder andere Frage oder entsprechende Anträge zum Budget stellen.

ERFOLGSRECHNUNG

Diskussion

Herr Ueli Kohler: Auf Seite 4 wird eine Nettoschuld pro Einwohner von Fr. 1'492.- per 31.12.2018 prognostiziert. Wie liegen wir damit im kantonalen Vergleich?

Herr Adrian Meier, Leiter Finanzen: Tatsache ist, dass wir bis jetzt immer ein Nettoguthaben hatten. Wie wir aber beispielsweise von der Stadt Baden gehört haben, rechnet diese mit einer Nettoschuld bis Fr. 3'000.-- pro Einwohner bis 2018. Nähere Zahlen sind nicht vorhanden, weil die Finanzpläne nicht kommuniziert werden, ausser bei Gemeinden mit Einwohnerrat, bei denen vielleicht ein Zeitungsartikel erscheint. Gränichen war in der Zeitung, rechnet mit Fr. 3000.-- - Fr. 4'000.-- pro Einwohner und hat das gleiche Problem.

Herr Ueli Kohler: Auf Seite 7 wurde der Ertrag im Budget 2014 abgezählt und somit ist das Ergebnis mit minus Fr. 3'290'700.-- falsch. Der ausserordentliche Ertrag wurde zum Minus dazugerechnet. Das Ergebnis sollte - Fr. 274'000.-- betragen.

Herr Adrian Meier, Leiter Finanzen: Dies ist korrekt. Wir werden den Fehler korrigieren.

Herr Ueli Kohler: Auf Seite 13 wird der Anlagewert per 1.1.2015 auf rund 91 Mio. Franken veranschlagt (letzter Absatz). Im letzten Jahr lag dieser noch bei 62 Mio. Franken. Warum ist er jetzt 30 Mio. Franken höher?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Zum Zeitpunkt, als diese Zahlen niedergeschrieben wurden, war die Vornahme der Aufwertungen noch nicht abgeschlossen.

Herr Joel Blunier: Im Kreisschulrat haben wir beschlossen, dass Personen, die von der Kreisschule angestellt sind, eine Lohnerhöhung von 0.75 % erhalten. Die Gemeinde hat das Doppelte, 1.5 %, veranschlagt. Ich stelle den **Antrag**, dass man hier gleiche Spiesse macht. Ich stelle den Antrag, dass dieser Prozentsatz dem Prozentsatz der Kreisschule angepasst wird, auch in Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde.

Herr Ueli Kohler: Ich kann diesen **Antrag** nur unterstützen. Ich habe den gleichen vorbereitet. Es geht hier um die Lohnsummenerhöhung. In den vergangenen Jahren hat die Kreisschule Buchs-Rohr immer grössere Erhöhungen als die Gemeinde Buchs vorgeschlagen. Dabei korrigierte der Kreisschulrat die von der Schulexekutive beantragte Lohnsummenerhöhung oft nach unten und nahm damit ihre Verantwortung wahr. Jetzt sind die Vorzeichen anders. Die Kreisschule hat ebenfalls mit der Gemeinde kommuniziert, das Budget war damals aber noch nicht aufbereitet, und man einigte sich, die Lohnsumme um 0.75 % zu erhöhen. Dies hat der Kreisschulrat so beschlossen. Jetzt kann der Einwohnerrat seine Verantwortung ebenfalls wahrnehmen und das Umgekehrte beschliessen. Es kann aus meiner Sicht nicht sein, dass nun die Gemeinde Buchs mit einem Maximum von 1.5 % Lohnsummenerhöhung, also das Doppelte der Kreisschule, vordringt, und damit ebenfalls wesentlich mehr beantragt als umliegende Gemeinden. Damit wird eine Lohnungleichheit geschaffen. Zudem beträgt die Teuerung Null, das Budget weist ein Minus aus und die Steuern sollen erhöht werden. Ich unterstütze den Antrag von Joel.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte Ihnen beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben in Aarau eine Erhöhung um 1 %. Joel hat vorhin den Vergleich mit Lastesel gemacht. Diese Lastesel sind motivierter, wenn sie 1.5 % Lohnsummerhöhung bekommen und treiben die Steuern besser ein. Wir wollen, dass in den Sozialen Diensten Fälle abgearbeitet wurden, die noch vor 2012 entstanden sind. Dafür brauchen wir Gemeindepersonal, das motiviert arbeitet und dafür braucht es 1.5 % Lohnsummerhöhung. Ich

bin strikte dagegen, dass man den Umkehrschluss macht, in den Kreisschulrat geht und dort sagt, man muss angleichen an die Gemeinde Buchs und wenn es den umgekehrten Fall gibt, schiebt man retour und sagt, man muss die Lohnsumme dem Kreisschulrat angleichen. Dies kann es nicht sein. Halten wir uns an das bestehende Budget.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Lohnsumme wird nicht um 1.5 % erhöht. Dies ist der max. Prozentsatz, um den erhöht werden kann. Der Gemeinderat hat die Kompetenz, im Rahmen der aktuellen Situation im Dezember bis max. zu diesem Prozentsatz zu erhöhen. Er kann aber auch weniger beschliessen, was auch schon geschehen ist. Weshalb es Differenzen gab zwischen der Kreisschule und der Gemeinde Buchs kann ich nicht beantworten. Mir kam zu Ohren, es habe Übermittlungsprobleme gegeben. In der Gemeinde Buchs besteht ein Lohnsystem. Dieses besteht aus zwei Teilen: Aus einem Teuerungsteil/einer generellen Lohnerhöhung, sofern angezeigt, und aus einem zweiten Teil, in welcher die leistungsbezogenen Komponenten einbezogen werden. Wenn man die Mitarbeitenden, die qualifiziert werden (komplexes System, welches am Ende Zahlen ausspuckt, je nachdem in welchem Lohnband der Mitarbeitende eingeordnet ist und wie seine Leistungen sind), speisen will, dann muss man eine Summe zur Verfügung stellen können. Mit 0.75 % sind dies Fr. 40'000.--. Wir haben 50 Mitarbeitende, die im Rahmen dieses Lohnsystems laufen. Nun kann man sich ausrechnen, wieviel jeder allenfalls erhalten könnte. Irgendwann wird es lächerlich. Will man das System der Leistungskomponenten ernsthaft weiterbetreiben, dann muss man es speisen können. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die Teuerung im Moment Null beträgt, dies wird er im Dezember bei der Festlegung der Gesamtlohnsumme sicher berücksichtigen. Hier geht es aber um einen Maximalbetrag und um den Spielraum, der ihr dem Gemeinderat gebt.

Herr Ueli Kohler: Ich finde es schön, wenn der Gemeinderat nach dem Personalreglement diese Angleichungen macht. Dies macht auch die Kreisschule. Sie schöpft nicht unbedingt diese 0.75 % aus. Auch dies ist eine Obergrenze und wir haben ein Budget. Und wenn wir in einem Budget mit 0.75 % rechnen, dann hat dies einen Einfluss auf das Ergebnis. Es geht hier rein um das Budget. Es geht nicht darum, sich gegenseitig auszubooken. In der Schule arbeiten Angestellte, die vorher in der Gemeinde tätig waren. Und wir legten in der Vergangenheit immer Wert darauf, dass alle gleich handeln. Es geht um Gleichstellung und Gleichbehandlung. Aus meiner Sicht setzen wir ein komplett falsches Signal, wenn wir nun 1.5 % genehmigen. Ich bitte euch, den Antrag von Joel und mir zu unterstützen. Es gibt immer noch die Möglichkeit einer individuellen Erhöhung. Es heisst nicht, dass ein Mitarbeitender nur 0.75 % Erhöhung erhält. Es gibt vielleicht den einen, der keine Erhöhung bekommt, dafür einen anderen, der 1.5 % erhält.

Herr Dimitri Spiess: Wenn wir hier nun die Lohnsumme reduzieren, dann sabotieren wird das System des Gemeinderats. Man gibt ihm weniger Spielraum, dass er seine Mitarbeitenden fördern kann, gemäss den Leistungen, die sie erbringen. Wir fordern von den Gemeindeangestellten Leistungen, wir fordern, dass sie alte Pendenzen im Sozialwesen abarbeiten, die anstehen, wir fordern, dass sie Steuerausstände aktiv bewirtschaften. Dann müssen wir Ihnen auch etwas dafür geben. Die Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr, die Mieten werden auch nicht günstiger. Schlussendlich kann es nicht sein, dass wir hier ein Nullsummenspiel betreiben, alles steigt, nur die Löhne nicht.

Herr Dieter Ruf: Die Wohnungsmieten gehen momentan runter. Der Referenzzinssatz liegt bei 2 %. Die Aussage von Dimitri ist somit falsch und ich bitte ihn, vorsichtig zu sein mit solchen Aussagen, die nicht stimmen. Ebenfalls finde ich, dass die Lohnsummenerhöhung der Kreisschule und des Gemeindepersonal 0.75 % betragen soll.

Herr Urs Füllemann: Wenn wir in die Privatwirtschaft blicken, dann können auch dort die Löhne nicht generell um 1.5 % erhöht werden. Man ist einem harten Wettbewerb ausgesetzt. Dazu kommt mir ein Beispiel des Kantons Bern in den Sinn, ein typischer Beamtenkanton, der sehr viele Chefstrategen beschäftigt. Dieser Kanton erhält einen Finanzausgleich von 1.4 Milliarden Franken. Die finanzstarken Kantone

unterstützen die finanzschwachen Kantone. Dies ist genau der Prozess, den wir gehen. Lohnerhöhung und nochmals Lohnerhöhung. Ich bin der Meinung, dass gerade in der heutigen Zeit, in der sich die Wirtschaft wieder verschlechtert, in der Gemeinde genau überprüft werden muss, wenn Geld verteilt wird. Ich stimme dem Antrag von Joel und Ueli zu.

Antrag Joel Blunier und Ueli Kohler

Konto3010.00 Löhne allgemein

Die Lohnsumme sei gegenüber den effektiven Löhnen 2014 um 0.75 % zu erhöhen. Über die Aufteilung gemäss Art. 24 Abs. 1 des Personalreglements entscheidet der Gemeinderat.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 30 : 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Herr Andre Rotzetter: Wir haben nun von einem sehr dramatischen Budget gehört. Auf Seite 13 wird das Rätsel gelöst, welches sich mir bisher gestellt hat. Bisher war ich immer der Meinung, die Gemeinde Buchs steht gut da und heute Abend habe ich das Gefühl, wir stehen kurz vor dem Bankrott. Ich möchte wissen, ob meine Interpretation so stimmt: Wir haben aufgewertet auf 91 Mio. Franken und müssen dadurch 1.8 Mio. Franken zusätzliche Abschreibungen in die Jahresrechnung nehmen, d. h. wir haben unser Vermögen aufgeblasen, Dinge die wir schon lange bezahlt haben zahlen wir nochmals. Somit kommen wir in Teufels Küche. Hier liegt ein buchhalterisches Problem vor. Stimmt meine Interpretation?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Diese Aussage ist so nicht korrekt. Man musste das ganze Vermögen im Zusammenhang mit HRM2 aufwerten, aber man muss es nun auch wieder abschreiben. Es werden Dinge abgeschrieben, die bereits abgeschrieben waren und aus diesem Grund kann man aus dieser Aufwertungsreserve, die wir nun ins Eigenkapital übertragen haben (Kanton verlangt dies) am Ende 1.5 Mio. Franken rausnehmen um das Ergebnis zu kompensieren. Mit diesem Mechanismus kann die buchhalterische Aufwertung kompensiert werden. Deswegen geht es uns weder schlechter noch besser. Was zu unserem schlechten Ergebnis führt, sind die hohen Investitionen in die Schulanlagen.

Herr Andre Rotzetter: Ich denke, wir müssen unseren Steuerfuss erhöhen. Darum kommen wir nicht her-um. Aber nochmals der Hinweis: In diesem Budget machen wir das, was der Kanton sagt, dass wir machen sollen, nicht mehr und dadurch entsteht ein riesiges Defizit, obwohl wir eigentlich aus den Reserven das, was wir bereits bezahlt haben, wieder reinnehmen können. Und wenn man dies machen würde, dann würde unser Ergebnis nicht so aussehen, wie es eben aussieht.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Mit HRM2 passen wir uns der Privatwirtschaft an. Die Abschlüsse werden so präsentiert, wie dies dort üblich ist. Wir machen nichts anderes, als dies transparent aufzuzeigen. Sonja Füllemann hat dies eingangs gut erklärt. Wenn man in der Privatwirtschaft im Rahmen des Budgets ein schlechtes Ergebnis hat, dann weiss man dies aus. Dann kompensiert man dies vorher nicht mit irgendwelchen Dingen wie Rückzüge aus dem Eigenkapital. Sondern man weiss es aus und kompensiert es danach. Es ist einfach eine neue Darstellung. Der Gemeinde Buchs geht es weder schlechter noch besser als vor dieser Aufwertung.

Herr Ueli Kohler: Ich habe einen **Antrag** zum Budgetposten "Zukunftsraum Aarau" von Fr. 17'200.--. Ich beantrage, dass der Beitrag an den Zukunftsraum Aarau von Fr. 17'200.-- ersatzlos gestrichen wird. Der Betrag von Fr. 17'200.-- soll dem Eigenkapital zugeordnet werden. Über dieses Thema wurde schon viel gesprochen und dies hat auch bei allen involvierten Gemeinden bzw. bei den Steuerzahlern schon mehr oder weniger hohe Beratungskosten verursacht. So werden auch bei diesem Projekt, nebst internen Kosten, wiederum zusätzliche externe Kosten für Berater in der Höhe von Fr. 200'000.-- budgetiert. Seit jeher war und ist Buchs offen für die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Dies haben wir auch schon mehrfach bewiesen, u. a. auch mit der KSBR und vielen anderen Projekten. Laut der aktuellsten Umfrage

ist aber z. Bsp. eine Fusion kein Thema. Da aber im besagten Projekt Zukunftsraum Aarau nebst der Variante "Verstärkte Kooperation" auch die Variante "Fusion" geprüft wird, und diese Variante "Fusion" vermutlich den grössten Teil der Abklärungskosten ausmacht, bin ich klar der Meinung, dass wir keinen finanziellen Beitrag an diese Beraterkosten leisten sollten. Als aktives Mitglied von vielen anderen Zukunfts- und Zusammenarbeitsprojekten (z. Bsp. PRA) ist eine Kostenbeteiligung am Projekt Zukunftsraum Aarau nicht nötig. Buchs bleibt so oder so offen für Korporationen. Ich bitte euch, meinen Antrag zu unterstützen.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte euch beliebt machen, diesen Budgetposten nicht zu streichen. Die Bevölkerungsbefragung hat gezeigt, dass die Gemeinde eigenständig bleiben will, aber eine vermehrte Zusammenarbeit wünscht. Und genau deshalb braucht es diese Mitgliedschaft. Wir hatten am 18. Mai 2014 eine Abstimmung in Küttigen und dort hat die Bevölkerung entschieden, dass sie mitmachen will und ich denke, in Buchs denkt die Bevölkerung ähnlich. Wenn wir uns isolieren/verschliessen und bei gemeinschaftlichen Projekten nicht mitmachen, dann kommt es uns später teurer. Wir zahlen zwar nun Fr. 17'200.-- pro Jahr, aber wenn wir bei Zukunftsprojekten nicht mitmachen, dann zahlen wir unsere Jugendarbeit selber, wir zahlen die Forstbetriebe selber. Wir haben vielleicht keine Oberstufe mehr, wenn wir nicht mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten. Bei diesem Budgetposten geht es um ein Mitmachen, der Gemeinderat hat dies in der Zeitung als "Beobachterstatus" erwähnt gehabt. Es geht um eine gemeinsame Evaluation, bei welcher Synergien genutzt und schlussendlich auch eingespart werden kann. Wenn man nachhaltig in die Zukunft schaut, dann sparen wir mehr ein, wenn wir diesen Betrag nun sprechen als wenn wir kurzfristig denken und den Betrag streichen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Beitrag an den Zukunftsraum kann man streichen. Deswegen lebt die Gemeinde Buchs genau gleich. Die Gemeinde Buchs ist an einer Fusion nicht interessiert, dies hat auch die Bevölkerungsbefragung gezeigt. Aber es geht um eine verstärkte Zusammenarbeit. Im gesamten Raum klinken wir uns aus diesem strategischen Projekt aus. Und dies findet der Gemeinderat schlecht. Dies ist ein Zeichen gegen aussen, welches nicht gut ist. Im Moment, wenn man die Schlagzeilen in der Sonntagspresse gelesen hat, mit Beraterhonoraren etc. ist dies ein gefundenes Fressen. Alle im Zukunftsraum beteiligten Gemeinden haben die Uni Bern mit der Projektleitung beauftragt. Dies kostet pro Einwohner Fr. 3.-- und deshalb resultiert der Betrag von Fr. 17'200.--. Die anderen Gefässe wie der PRA haben nicht die gleichen Zielsetzungen. Ich bin dort im Vorstand und dort werden vor allem die räumlichen Angelegenheiten koordiniert. Im Zukunftsraum geht es aber um viel weiterführende Projekte, bei denen man Zusammenarbeit sucht. Der Gemeinderat hat in den Legislaturzielen formuliert, dass er sich im Sinne der Zusammenarbeit beteiligen würde. Wenn ihr diesen Beitrag ablehnt, dann werden wir auch nicht mehr als Beobachter dabei sein. Dies war nur ein "Status" in der Übergangsphase. Diesen Status gibt es eigentlich gar nicht. Es gab ihn speziell für die Gemeinde Buchs. Wenn ihr den Beitrag ablehnt, dann sind wir nicht dabei und Personen, die bereits in die einzelnen Projektgruppen delegiert wurden, werden zurückgezogen. Ich verweise auf eine Rückmeldung, die von Anton Kleiber gekommen ist, der in einem Projekt mitgearbeitet hat. Und da kam ganz klar zum Ausdruck, dass die Gemeinden vor allem an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Dieses Ziel soll weiterverfolgt werden. Das Thema Fusion wird natürlich auch behandelt, aber nicht schwergewichtig. Ich mache euch beliebt, diesen Betrag nicht zu streichen.

Herr Ueli Kohler: Buchs ist nicht die einzige Gemeinde, die nicht mitmacht im Zukunftsraum, sondern auch Gränichen. Die kooperative Zusammenarbeit wird auch mit der Streichung weitergeführt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir mit Aarau plötzlich aufhören zu verhandeln. Ich bleibe bei meinem Antrag. Wir verschliessen uns damit nicht sondern sind offen. Wir sind sogar aktiv in der Zusammenarbeit und müssen nicht Fr. 200'000.-- für Beratungskosten ausgeben.

Antrag Ueli Kohler**Konto 0120.3632.00 Beitrag an Zukunftsraum Aarau**

Der Beitrag an den Zukunftsraum Aarau von Fr. 17'200.-- ist ersatzlos zu streichen. Der Betrag von Fr. 17'200.-- soll dem Eigenkapital zugeordnet werden.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 22 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Herr Ueli Kohler: Ich habe einen weiteren Antrag betreffend dem Beitrag für Planung und Projektierung von Fr. 20'000.-- auf Seite 47. Ein Postulat ist kein Auftrag mit Kostenfolge. Vor zwei Jahren wollte man mit einem Energielabel etwas Ähnliches bewirken. Dies wurde vom Einwohnerrat damals abgelehnt. Es macht auch heute nicht mehr Sinn dazu ja zu sagen, denn mit unseren Auflagen wird bei jeder Sanierung eine sinnvolle und effektive Energieeinsparung geprüft und realisiert. Im Budget sind verschiedene Kosten bezüglich Energieeinsparung enthalten. Mein **Antrag** fordert, dass dieser zusätzliche Betrag von Fr. 20'000.--, da er völlig überflüssig ist und das Geld eingespart werden kann, ersatzlos gestrichen wird.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte dich einladen, langfristig zu rechnen. Wenn du jetzt die projektierten Fr. 20'000.-- einsparst, dann wird verhindert, dass durch die Projektierung Massnahmen geschaffen werden, um in den Gemeindegebäuden Energie zu sparen. Es wird damit Gas, Strom etc. eingespart. Ausgerechnet auf die Folgejahre, die nächsten 40, 50 oder gar 100 Jahre, in denen man dank den Grünen Energie sparen kann, möchte ich diese Einsparungen machen, die Umwelt weniger belasten als nun läppische Fr. 20'000.-- einzusparen.

Herr Andre Rotzetter: Ich möchte diesem Antrag zustimmen. Dies ist nicht etwas, was man nur mal für ein Jahr macht, sondern dies ist ein Dauerauftrag. Für mich ist es keine Projektierung, sondern eine Einführung im Alltag und gehört in eine normale Planung. Es war ein Postulat und kein Planungsauftrag. Wir wollen, dass Energie gespart wird etc. Dies muss aber so nicht projektiert werden.

Herr Dieter Ruf: Punkt 18 der Zielsetzungen des Gemeinderats im Bereich Energie: "Beachten ökologischer Aspekte bei der Beschaffung und der Arbeit der Gemeinde/Verwaltung". Damit ist dieses Thema schon erledigt. Unsere Gemeindeverwaltung achtet bereits jetzt auf Einsparmöglichkeiten. Wir haben damals schon besprochen, dass wir mündige Bürger sind, uns im Privaten informieren über Einsparmöglichkeiten und uns nicht von Privatorganisationen sagen lassen müssen, wie wir Energie einsparen können. Dies kann man im Internet nachlesen, macht unsere Gemeinde ganz bestimmt und sie wird auch in Zukunft ein Augenmerk darauf haben. Ich würde auch gerne eine Wärmepumpe kaufen, aber es ist eine Frage des Budgets.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich muss eine Korrektur vornehmen. Eigentlich stimmt die Bemerkung zum Betrag nicht. Im Zusammenhang mit dem Postulat, welches die Grünen im letzten Jahre eingereicht haben, werdet ihr an der Dezembersitzung informiert. Diese Position hat damit aber nichts zu tun. Hier geht es um die Prüfung eines Wärmeverbunds, falls die Heizung im Gemeindehaus ersetzt werden muss und die damit verbundene Prüfung, ob eine Anschliessung an die Heizung den Gemeindesaal möglich wäre. Und für diese Prüfung wird Geld eingestellt. Wie richtig erwähnt löst ein Postulat keine Kosten aus. Dieser Betrag hat nicht mit dem Postulat zu tun.

Herr Dimitri Spiess: Aufgrund dieser Erkenntnis bin ich dafür, den Betrag gutzuheissen. Es macht Sinn, die Wärmenutzung zu überprüfen und auf Ölheizungen zu verzichten. Übrigens, der Ölpreis wird in Zukunft steigen, für die Budgets der nächsten Jahre bitte vormerken.

Antrag Ueli Kohler**Konto 0290.3131.00 Planung und Projektierung (Verwaltungsliegenschaften)**

Der Beitrag für Planung und Projektierung von Fr. 20'000.-- ist ersatzlos zu streichen. Der Betrag von Fr. 20'000.-- soll dem Eigenkapital zugeordnet werden.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 21 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Frau Doris Michel: Beim Posten des Buchser Boten steht folgendes: "Der Nettoaufwand für den Buchser Boten bleibt in etwa gleich wie im Budget 2014 vorgesehen." Wenn man auf Seite 54 die Zahl genauer ansieht, bemerkt man, dass die Entschädigungen für die Redaktion vom Budget 2014 zum Budget 2015 um rund 44 % steigen, Fr. 8'000.--. Bei den Drucksachen hingegen sinkt der Betrag um 12 %. Wenn man dies ausgleicht, dann stellt man fest, dass der Gesamtbetrag effektiv gleich bleibt. Wie lässt sich diese Umschichtung erklären? Wieso sind Kosten für die Redaktion so gestiegen?

Herr Adrian Meier, Leiter Finanzen: Bisher war im Konto Drucksachen die Entschädigung für die Druckerei verbucht, diese gehört aber, weil es sich um ein Kommissionsmitglied handelt, in die Redaktion. Es geht, wie festgestellt, um eine rein buchhalterische Umschichtung auf ein anderes Konto, der Nettoaufwand bleibt der gleiche.

Herr Ueli Kohler: Ich habe eine Frage zur Bibliothek. Zuerst bedanke ich mich bei Doris Michel und ihrer Crew für die Führung der Bibliothek und der damit verbundenen Arbeit. Infolge Ferienabwesenheit konnte ich leider nicht an der Jubiläumsfeier dabei sein. Im Jahresbericht der Gemeindebibliothek habe ich gelesen, dass wöchentlich 344 Personen die Bibliothek besuchen. Auch daran sieht man, dass es viel Arbeit gibt. Nun interessiert mich aber etwas die Statistik bezüglich Kosten, welche in den vergangenen Jahren stetig gestiegen sind. Haben wir im Jahr 2009 noch Fr. 63'900.-- für unsere Bibliothek ausgegeben, sind es heute, also 5 - 6 Jahre später, bereits Fr. 128'900.--. Was wurde in dieser Zeit mit dieser Verdoppelung verbessert? Sind die Besucherzahlen in gleichem Umfang gestiegen?

Herr Gemeinderat Hansruedi Werder: Jene, welche in der Bibliothek waren, sahen, dass in letzter Zeit ein Quantensprung stattgefunden hat. Es gab viele neue Besucher. Es wurden Anschaffungen von E-Books und Hörbüchern für Erwachsene getätigt. Im Budget sind nun auch Veranstaltungskosten berücksichtigt. Gestelle wurden abgeändert, um Platz zu schaffen, damit solche Veranstaltungen überhaupt möglich sind. Vier Personen wurden professionell ausgebildet, bisher war es eine Person. Der Kanton hat die Ausbildungskosten zudem erhöht. Es wurde ein neues Programm angeschafft und damit entstehen Hosting-Gebühren. Das Programm beinhaltet, dass direkt über die Homepage Bücher reserviert und bestellt werden können. Wir haben einen Benchmark-Vergleich mit anderen vergleichbaren Gemeinden angestellt und liegen im Bereich Personalkosten immer noch auf einem sehr tiefen Niveau.

Herr Hans Hartmann: Ich habe einen **Änderungsantrag** zu "Soziale Sicherheit". Unter diesem Posten sollen die Entschädigungen für Dienstleistungen der Integrationskommission auf Fr. 30'000.-- erhöht werden. Dieser Posten soll unseres Erachtens auf dem üblichen Niveau von Fr. 5'000.- belassen werden. Begründung: In der Rechnung 2011 betrug dieser Posten noch Fr. 3'000.--, in der Rechnung 2013 Fr. 4'500.--. Die explosionsartige Erhöhung auf Fr. 30'000.-- soll für die Standortbestimmung einer externen Fachstelle dienen. Es mutet merkwürdig an, dass die Gemeinde Externe braucht, um ihr zu sagen, wo sie steht.

Frau Ineke Irniger: In den letzten Jahren hat man nicht viel von der Integrationskommission gemerkt. Es gab mal einen Strassenanlass, der auch gut besucht war. Ich denke aber es ist wichtig, dass mal professionell analysiert wird, was für Buchs nötig ist. Wir haben hier sehr viele Ausländer und je besser wir diese integrieren, umso mehr wirkt sich dies positiv auf den Bereich Bildung und Sozialhilfe aus. Ich denke

nicht, dass die Gemeinde Buchs im Moment Personen hat, die eine solche Analyse selber machen können. Dem Sozialdienst kann man dies nicht aufhalsen. Ich unterstütze diesen Budgetposten.

Herr Ueli Kohler: Ich unterstütze diesen Antrag und werde auch so abstimmen. Wenn wir nun diese Gelder für externe Beratung beschliessen, dann werden wir mit grosser Wahrscheinlichkeit wohl jedes Jahr einen höheren Betrag feststellen, weil diese professionellen Berater irgendeine Integration herausfinden, die wir selber nicht herausfinden würden.

Herr Dimitri Spiess: Wir leben in einer Gemeinde mit einer Bevölkerungsfluktuation von 10 % pro Jahr. Rechnerisch gesehen wechseln wir innerhalb von 10 Jahren die ganze Gemeinde aus. Es existieren keine Quartiervereine, es existiert wenig Nachbarschaftshilfe und deshalb braucht es Integration. Der Gemeinderat hat dies richtig erkannt. Es muss professionell und nachhaltig angegangen werden. Wie können wir den Ausländeranteil an das Gemeinschaftsleben in unserem Dorf teilnehmen lassen? Wie können wir das Quartierleben stärken? Wie können wir nachhaltig das Zusammenleben verbessern? Wenn wir in diese Richtung Fördermassnahmen treffen, in dem wir einen Profi beiziehen (weil ich nicht glaube, dass diese irgendjemand aus dem Ärmel schütteln kann), dann hat es Erfolg. Toni Kleiber hat in der FGPK erwähnt, dass die Gemeinde Suhr dies nun macht. Sie bauen eine Kindertagesstätte in einem Gebiet, in welchem vorwiegend Ausländer leben und versuchen so, diese besser zu integrieren. Wenn wir dies nicht tun, dann wird Buchs zu einem Wohnort, aber nicht zu einem Lebensort, alles wird noch anonym. Wenn wir in diesem Bereich sparen, müssen wir uns auch nicht wundern, wenn in Buchs eine Handgranate fliegt und Polizisten angeschossen werden. Es braucht Integration, soziale Kontrolle und dies schaffen wir nur mit einem lebendigen Dorf und einer gelungenen Integration. Wenn wir den Betrag nun einsparen, dann haben wir später Folgekosten wegen sozialen Unruhen oder vergleichbarem.

Herr Ueli Kohler: Es gibt Quartiervereine in Buchs. Integration muss nicht immer Geld kosten. Im Kleinen kann man es tun, aber macht es nicht.

Herr Joel Blunier: Ich stimme dem Antrag zu. Ich habe ebenfalls ein Postulat eingereicht, in dem es darum geht, Freiwillige in andere Dienstleistungen einzubeziehen. Ich bin der Meinung, es braucht keine professionelle Beratung damit man zum gleichen Schluss wie z. Bsp. in Suhr kommt. Auf diese Idee kommen allenfalls auch Freiwillige, die die Köpfe zusammenstrecken und kreative Ideen haben. Eine gute Kommission mit Leuten, die gewisse Erfahrung haben in diesem Bereich und kreativ denken können, sparen uns eine externe Beratung ein. Die Umsetzung ist dann wieder etwas anderes.

Herr Andreas Frey: Wir streichen nun hier das Budget zusammen, damit der Steuerfuss niedrig gehalten werden kann. Dieser ist aber nur ein Teil, der die Wohnqualität in einer Gemeinde ausmacht. Der Vorschlag von Joel mit Freiwilligenarbeit finde ich eine sehr schöne und idealistische Vorstellung. Aber grundsätzlich geht es darum, dass dieser Gemeinde, die immer mehr zu einer Schlafgemeinde wird, die keinen Kern hat, und in der die Förderung der Gemeinschaft nötig wäre, auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese zu verbessern. Damit eine bessere Lebensqualität entsteht. Diese Lebensqualität soll die Leute animieren, in Buchs wohnen zu bleiben und nicht der Steuerfuss.

Herr Marc Jaisli: Integration ist für mich kein Arbeitsplatz und keine Stelle. Integration ist für mich eine Holschuld. Wenn du aus einem anderen Land kommst, dann musst du dich integrieren, selber aktiv werden. Wir müssen doch nicht Personal anstellen, um Personen zu integrieren. Entweder will man sich integrieren oder nicht.

Frau Ineke Iniger: Ich bin selber Migrantin, habe in eine Schweizer Familie eingehiratet. So ist es relativ einfach. Man wird von der Familie aufgenommen. Wenn man als fremde Familie kommt, dann hat man keine Familie, die einen aufnimmt. Was Profis ausarbeiten, muss vielleicht gar nicht viel kosten. In Holland, wo ich herkomme, ist es normal, dass man Nachbarschaftshilfe betreibt. Zieht jemand Fremdes zu,

dann wir dieser Person holländisch gelernt. Ich stelle mir solche Dinge vor. Dafür braucht es aber Vorarbeit. Die Umsetzung kann dann durch Freiwillige erfolgen und muss wenig bis gar nichts kosten.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich habe dieses Jahr diese Kommission übernommen. Ende des letzten Jahres fand das Strassenfest statt. Ich bin erst im Juni dazugekommen, eine erste Sitzung einzuberufen. Als wir zum ersten Mal zusammengekommen sind, haben wir aufgrund der Vergangenheit ein Fazit gezogen. Ich habe eine Kommission angetroffen, die sehr engagiert an die Arbeit geht, sehr kompetent ist mit einzelnen Mitgliedern, aber ausgebrannt. Die Mitglieder erklärten, sie hätten sehr viele gute Aktionen durchgeführt, aber es war keine Nachhaltigkeit erkennbar. Ein Feuerwerk und danach Dunkelheit. Ich habe gemerkt, diese Leute wollen nachhaltig arbeiten. Die Erhöhung des Budgetpostens beträgt Fr. 20'000.--. Wenn wir mitmachen bei diesem Projekt, dann erhalten wir vom Kanton die Hälfte rückerstattet. Diesen Beitrag erhalten wir aufgrund der Ausländerzahl im Dorf. Nachhaltigkeit heisst, dass man eine Situation analysiert und aufgrund der Analyse Massnahmen trifft. Suhr hat eine Quartierentwicklung durchgeführt. Dabei geht es nicht nur um eine Tagesstätte, es geht um die Quartierentwicklung, inkl. Jugendarbeit. Dies ist aber der dritte Schritt. Wenn ihr den Betrag beschliesst, dann machen wir erst die Analyse, dann erste Schritte, die in die gleiche Richtung wie Suhr gehen könnten aber nicht müssten und es könnten Kostenfolge entstehen. Aber auch hier würde sich der Kanton wieder finanziell beteiligen. Wir müssten einen Bericht mit einem Fazit und dem weiteren Weg beschreiben und aufgrund dessen erhalten wir finanzielle Unterstützung. Wenn wir dies nicht machen, dann weiss ich nicht, was mit der Integrationskommission passiert. Mit diesem Betrag hat man die Hoffnung, dass Nachhaltigkeit entsteht. Es soll etwas entstehen, mit Unterstützung der Bevölkerung. In nächsten Dezember wüsste man, was sinnvoll wäre und könnte dann mit Einbezug der Bevölkerung planen. Was würde Sinn machen für Buchs? Ziel wäre es mit dieser Aktion auch, dann weitere freiwillige Helfer zu finden. Aber es müssen kompetente Leute vorhanden sein. Auch in Namen der Kommission bitte ich euch, den Antrag abzulehnen.

Antrag SVP

Konto 5730.3130.00 Dienstleistungen Integration

Unter dem Posten 5730.3130.00 sollen die Entschädigungen für Dienstleistungen der Integrationskommission auf Fr. 30'000.-- erhöht werden. Dieser Posten soll auf dem üblichen Niveau von Fr. 5'000.-- belassen werden.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 18 : 17 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Herr Hans Hartmann: Ich habe einen weiteren **Antrag** zu Position 5790.3132.00. Hier werden wiederum Fr. 30'000.-- für Honorare Fachexperten "Fürsorge und Flüchtlinge" beantragt. Dieser Posten ist zu streichen. Begründung: Wie aus den Medien nun genügend bekannt ist, leben die "meistens selbsternannten" Fachexperten in einer anderen Welt oder zu mindestens in einer anderen Gemeinde und sind somit keine Steuerzahler. Wenn das Sozialamt schon professionalisiert wurde, braucht es auch keine zusätzlichen Fachexperten mehr.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Bis jetzt wurde über diesen Posten externes Personal bei Engpässen in den Sozialen Diensten finanziert. Ebenfalls fand eine Sicherheitsschulung statt (Verhalten bei Bedrohung etc.).

Antrag SVP

5730.3132.00 Honorare Fachexperten (Fürsorge, übriges)

Unter dem Posten 5790.3132.00 werden wiederum Fr. 30'000.- für Honorare Fachexperten "Fürsorge und Flüchtlinge" beantragt. Dieser Posten ist zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 22 : 17 Stimmen abgelehnt.

Frau Rebecca Wetter: Die SP Buchs stellt den Antrag, die Anzahl der unpersönlichen Generalabonnemente der SBB von drei auf vier zu erhöhen. Das zusätzliche GA ist gemeinsam mit den bereits bestehenden GA's zu beschaffen. Das Aufwandkonto 6290.3634.00 und das Ertragskonto 6290.4240.00 sind um je Fr. 12'900.-- zu erhöhen und mit Fr. 51'600.-- zu budgetieren. Das unpersönliche GA ist nach wie vor eine Dienstleistung unserer Gemeinde mit grosser Nachfrage. Die Nutzung liegt bei 93 % und ist für die Gemeinde rein rechnerisch ein Gewinn. Weitere Gründe für eine Erhöhung sind: Drei GA's sind eine ungünstige Zahl, da viele Personen lieber zu zweit oder zu viert reisen möchten. Die Gemeinde Gränichen, die mit Buchs zu vergleichen ist, was die Einwohnerzahl betrifft, hat auch vier unpersönliche GA's. Gerade Gemeinden wie Buchs, Suhr und Gränichen, die mit ihrer Nähe zu Aarau auch einem attraktiven Fernverkehrsnetz der SBB angeschlossen sind, sollten diese Gelegenheit nutzen, ihre Einwohner für den öffentlichen Verkehr und die Benutzung regionaler Verkehrsbetriebe zu begeistern. So bleibt Buchs auch in der Zukunft eine attraktive Wohngemeinde.

Herr Hans Hartmann: Ich möchte diesen Antrag unterstützen. Ich finde dies eine gute Sache. Wenn man dem Antrag von vorher ebenfalls zugestimmt hätte, dann hätte man mit dieser Einsparung zwei Tageskarten für die Gemeinde bereitstellen können.

Herr Ueli Kohler: Tageskarten bereitzustellen ist keine Aufgabe der öffentlichen Hand. Man kann diese in Aarau am Bahnhof kaufen. Wir haben über eine Erhöhung schon mehrmals diskutiert und sie wurde immer wieder abgelehnt. Ich bitte um Ablehnung des Antrags.

Herr Werner Schenker: Ich denke hier geht es darum, dass unsere Gemeinde ein Zeichen für den öffentlichen Verkehr setzen kann und setzen soll. Wir haben bei der Bevölkerungsbefragung zur Kenntnis genommen, dass die Buchser Bevölkerung den Verkehr als Problem empfindet. Jetzt können wir der Bevölkerung zeigen: "Steigt um auf den öffentlichen Verkehr."

Herr Hans Hartmann: Ueli, du hast mit deiner Sichtweise wie immer recht. Aber es gibt auch eine andere Sichtweise. Wie Werner gesagt hat, ein Zeichen für den öffentlichen Verkehr, aber auch ein Zeichen für den Einwohner von Buchs. Dass man ihn schätzt, dass man ihm etwas zurückgeben will. Ein Zückerlein/ein Geschenk sozusagen. Du kannst sagen, dies sei nicht Aufgabe des Gemeinwesens Ueli, aber ich finde es psychologisch gesehen gut.

Herr Marc Jaisli: Ich finde es eine gute Sache. Wir zeigen, dass wir ökologisch denken. Als ich gehört habe, dass wir nur drei anbieten, musste ich sagen, dies ist Quatsch. Herr und Frau Schweizer sind zu viert unterwegs.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Auslastung beträgt 93 %. 88 % muss erreicht sein, damit die Kosten der SBB beglichen werden können. Es liegt keine Vollkostenrechnung vor. Wir legen Geld drauf, schon heute. Die Löhne des Personals sind nicht eingerechnet. Das 4. GA könnte frühestens auf das Jahr 2016 eingeführt werden. Wenn man nach der ersten Abrechnung feststellt, dass nicht mal mehr die Kosten der SBB bezahlt werden können, dann kann man auf diesen Beschluss zurückkommen. Dies noch als Information. Der Gemeinderat hält an seinem Antrag fest, bei 3 GA's zu bleiben.

Antrag SVP

Die SP Buchs stellt den Antrag, die Anzahl der unpersönlichen Generalabonnemente der SBB von drei auf vier zu erhöhen. Das zusätzliche GA ist gemeinsam mit den bereits bestehenden GA's zu beschaffen. Das Aufwandkonto 6290.3634.00 und das Ertragskonto 6290.4240.00 ist um je Fr. 12'900.-- zu erhöhen und mit Fr. 51'600.-- zu budgetieren.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 25 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Herr Andreas Frey: Ich habe eine Frage zum Konto 7900.3132.00 "Siedlungs- und Entwicklungskonzept" mit dem Betrag von Fr. 45'000.--. In den letzten Jahren wurde in Buchs sehr stark gebaut. Über die Qualität lässt sich streiten. Jetzt will man anscheinend ein Siedlungs- und Entwicklungskonzept machen. Was bezweckt man damit? Ist es danach einsehbar? Wie will man es umsetzen?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir werden in den nächsten Jahren eine Zonenplanungsrevision durchführen müssen. Es haben Gesetzgebungen geändert. Die Planung ist weit mehr als 15 Jahre alt und damit man dies tun kann braucht es Vorstufen. Es muss analysiert werden, wie wir uns entwickeln wollen. Unsere Bauzone, namentlich was das Gewerbe- und Industrieland angeht, ist ausgeschöpft. Die letzte grosse Parzelle wird nächstens überbaut. Wir müssen überprüfen, wo wir noch Möglichkeiten schaffen können, damit etwas gemacht werden kann. Auch im Bereich Wohnüberbauungen müssen Überlegungen angestellt werden. Es geht hier um strategische Angelegenheiten.

Herr Ueli Kohler: Gesamthaft sind unter dieser Budgetposition Fr. 117'000.-- für die Beratung eingestellt. Ich bitte den Gemeinderat zu hinterfragen, ob dies wirklich nötig ist. Mir ist bewusst, dass in der Bevölkerungsbefragung ebenfalls der Grünraum zur Sprache kam und im Budget werden Fr. 20'000.-- für ein "Konzept Aufwertung Frei- und Grünraum entlang der Suhre" budgetiert. Ich gehe viel an der Suhre spazieren oder joggen. Wenn man von der Badi bis an die Aare läuft, dann stellt man fest, dass wir dort ein super Naherholungsgebiet besitzen. Ich verstehe nicht, weshalb wir dort erneut überlegen müssen, was noch anders gemacht werden könnte. Bitte seid massvoll mit unserem Geld. Fr. 117'000.-- finde ich eine enorm hohe Summe. Dann habe ich noch eine Frage zu Budgetposition 7101/7201/ und 7301.3130.01. Neu wird Ablesung und Fakturierung durch die IBAarau Strom AG durchgeführt. Ist dies unter dem Strich eine Verteuerung oder eine Einsparung? Und wie viel?

Herr Gemeinderat Tony Süess: Hier handelt es sich um Eigenwirtschaftsbetriebe. Im Moment werden diese Arbeiten durch die Abteilung Finanzen erledigt. Theoretisch entsteht durch die Auslagerung ein schlechteres Ergebnis von Fr. 44'000.--. Gleichzeitig wird die Abteilung Finanzen aber entlastet und hat Kapazität, die Steuerausstände aktiver zu bewirtschaften.

Herr Werner Schenker: Ich habe eine Bemerkung zur Wanderung von Ueli Kohler, der von der Badi nach Aarau läuft und die Landschaft genießt. Als grüner Politiker möchte ich erwähnen, ich vermute, dort wo es dir so gut gefällt, Ueli, bis du auf Suhre und danach auf Aarauer Boden spaziert. Wenn wir unsere beiden Nachbargemeinden betrachten und sehen, wie diese ihren Raum aufgewertet haben, dann denke ich mir, dass wir Nachholbedarf haben. Die Grünen unterstützen sehr, dass man diesen Raum zu optimieren versucht.

INVESTITIONSRECHNUNG

Diskussion

Herr Ueli Kohler: Ich habe eine Frage zur Budgetposition 6150.5010.15 "Sanierung Suhrensteg im Loch". Im 2013 wurde die Zwillingenbrücke beim Suhrenmattschulhaus komplett ersetzt. Es hiess damals, die Brücke sei einsturzgefährdend und müsse dringend ersetzt werden. Eine Sanierung sei unmöglich, vor allem wegen der Schweissnähte und weil die 4kt.-Stahlrohre inwendig rosten. Weiter hiess es, dass der schlechte Zustand nicht auf mangelnden Unterhalt sondern auf konstruktive Mängel sowie nicht durchdachte Details bei der Erstellung der Brücke, die eine Unternehmerlösung war, zurückzuführen sei. Das Kosten- und Nutzenverhältnis für die Reparatur einer solchen Brücke sei nicht gegeben. Nun, beim Suhrensteg im Loch handelt es sich um die genau gleiche Brücke, d. h. gleiche Konstruktion, gleiches Baujahr und gleiche Hersteller. Wollen wir wirklich eine scheinbar ungeeignete Konstruktion mit Fr. 200'000.-- renovieren? Warum hat man im 2010, als man die einzelnen Rostpunkte entdeckte, nicht reagiert? Ich bin

der Meinung, wie auch ein Minderheitsantrag in der FGPK, eine Ausbesserung der schadhaften Stellen genügt zum heutigen Zeitpunkt völlig. Damit erreichen wir laut Beschreibung einen ca. 10 jährigen Aufschub. Wenn dann die Zeit gekommen ist und auch diese Brücke wirklich einsturzgefährdet ist, sollte man sie durch einen einfachen, modernen und geeigneten Brückensteg ersetzen. Solche sind unter Fr. 200'000.-- zu haben. Danke für eure Aufmerksamkeit und die Unterstützung des Streichungsantrags.

Frau Maja Frey: Ich wohne ganz in der Nähe dieser Brücke. Diese Brücke wird rege benutzt von Velofahrern und Fussgängern. Es ist schön, durch das Naturschutzgebiet zu fahren oder zu laufen. Viele halten auch. Es fällt mir auf, es ist gefährlicher, dadurch dass es so eng ist und nicht wie es in der Begründung für den Budgetposten beschrieben ist, dass das Gelände zu tief sei und es müsse deshalb wegen den Velofahrern erhöht werden. Ich habe eine Umfrage gemacht und sehe keinen Sinn, weshalb das Brückengelände, welches über 1.05 m hoch ist, zusätzlich erhöht werden muss. Es gibt andere gefährlichere Stellen und ich finde, man könnte nun eine einfache Pinselsanierung durchführen und es zu einem späteren Zeitpunkt analysieren. Ich möchte den **Antrag**, den ich bereits in der FGPK gestellt habe, nochmals vorbringen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Es gibt Bestimmungen, Normen und Sicherheitsvorschriften. Eine Bestimmung sagt, dass Brücken, die Velofahrer überqueren, 1.30 m hoch sein müssen. Darüber muss man nicht diskutieren, keine Umfragen machen und es ins Lächerliche ziehen. Wir müssen diese Bestimmung einfach einhalten. Wenn die Brücke nur gestrichen wird, muss das Gelände nicht erhöht werden, bei einem Ersatz/einer Renovation jedoch schon.

Frau Sonja Fülleemann: Wir haben damals beim Brückensteg Schulhaus Suhrenmatte eine sechsseitige Botschaft bekommen. Wieso gibt es bei dieser Sanierung keine Botschaft? Wäre es nicht sinnvoll, nochmals zu überlegen, was sinnvoll ist und was nicht.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Situation ist eine andere. Man hat eine Untersuchung dieser Kunstbauten gemacht, darüber wurde hier auch schon diskutiert und schon damals wurde gesagt, dass diese Brücke nicht in solch einem schlimmen Zustand ist, wie die Brücke, die ersetzt werden musste. Aus diesem Grund handelt es sich hier um eine Sanierung. Wir stützen uns auf Ingenieurgutachten. Die Konstruktion der beiden Brücken ist dieselbe. Die andere Brücke hat einfach mehr Schaden genommen.

Herr Präsident Urs Zbinden: Es liegen nun hier zwei gleich lautende Anträge vor. Jener von Ueli Kohler und jener von Maja Frey.

Herr Ueli Kohler: Ich ziehe meinen Antrag zurück und unterstütze jenen von Maja.

Antrag Maja Frey

Konto 6150.5010.15 Suhrensteg im Loch (Gemeindestrassen)

Der Betrag von Fr. 220'000.-- für die Sanierung der Brücke sei auf den Betrag von Fr. 15'000.-- für die Ausbesserung der schadhaften Stellen zu reduzieren.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 33 : 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Herr Dimitri Spiess: Ich stelle folgenden **Antrag**: Der Steuerfuss für das Jahr 2015 ist neu auf 102 % festgesetzt und ich liefere auch gleich die Begründung: Die vom Gemeinderat beabsichtigte Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrad bis im Jahr 2018 auf über 50 % kann längerfristig nur durch eine Einnahmenerhöhung gewährleistet werden. Denn aufgrund der zunehmenden Lastenabwälzung vom Bund und Kanton zu den Gemeinden sind Sparmassnahmen alleine nicht zielführend. Zudem bemüht sich der Gemeinderat bereits im Budget 2015 wo es möglich ist Gelder einzusparen. Zusätzlich zu den aufgebürdeten Lasten

vom Kanton kommen in den nächsten Jahren grössere Investitionssummen auf die Gemeinde Buchs zu; im Strassenbau, aber vor allem für Schulgebäude und die Kinderbetreuung. Dies ist aufgrund des Bevölkerungswachstums und den steigenden Schülerzahlen absehbar. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht schon heute die Steuern moderat erhöht werden sollen. Denn wollen wir in Zukunft unsere Steuereinnahmen für den Schuldendienst benutzen? Im Jahr 2018 hat die Gemeinde Buchs gemäss Finanzplan eine Schuldenlast von 20.5 Mio. Franken und zahlt Schuldzinsen im Umfang von Fr. 600'000.--. Diese Schuldbeträge gilt es soweit wie möglich zu reduzieren. Mehr Steuereinnahmen und weniger Schuldzinsen erhöhen den Handlungsspielraum der Gemeinde, um auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren zu können. Das Budget 2015 sieht ein operatives Ergebnis von ca. - 1 Mio. Franken vor. Nicht einberechnet ist die voraussichtliche Zahlung in den kantonalen Lastenausgleich von Fr. 173'000.--. Mit einer Steuererhöhung von 5 % auf 102 % könnten wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern (alle anderen die Steuern zahlen, dürfen nicht mitbestimmen) beim obligatorischen Referendum ein ausgeglichenes Budget präsentieren. Sowieso plant der Gemeinderat im Jahr 2016 eine Steuerfusserhöhung um 8 % auf einen Steuerfuss von 105 % - gemäss Finanzplan. Eine Steuererhöhung im Jahr 2015 auf 102 % würde den Steuerfuss moderat erhöhen. Es braucht später keinen grösseren Erhöhungsschritt mehr. Als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben wir die Aufgabe vorzuschauen, Vorlagen kritisch zu prüfen und unseren Nachfahren keine grosse Schuldenlast zu vererben. Deshalb empfehle ich euch den Steuerfuss bereits fürs Jahr 2015 auf 102 % zu erhöhen.

Herr Joel Blunier: Ich habe vom Gemeinderat erwartet, dass er uns ein ausgeglichenes Budget präsentiert. Ein Budget, welches unter dem Strich ein Minus ergibt, ist grundsätzlich keine gute Sache. Wenn man im Budget keine Sparmöglichkeiten sieht, und trotzdem ein Minus ausweist, dann muss man auch prüfen, wie es finanziert werden kann. Ein Arzt sagte mir einmal, wenn man Migräne bekommt und es frühzeitig merkt, dann muss man sofort Tabletten einnehmen, damit diese wirken und nicht hoffen, die Migränovorzeichen verschwinden von alleine wieder. Wenn man weiss, dass die Gemeinde in Zukunft mit Millionenbeträgen belastet wird und wir wissen nun bereits, dass 105 % anzusteuern sind im nächsten Jahr, dann müsste man fairerweise heute schon sagen, wir müssen den Steuerfuss bereits jetzt erhöhen. Ich bin der Meinung, man müsste den Steuerfuss bereits jetzt auf 105 % erhöhen, ich unterstütze jedoch den Antrag der SP, dies in zwei Schritten zu tun.

Herr Ueli Kohler: Aus meiner Sicht muss dieser Antrag nicht unterstützt werden. Wir weisen ein Minus aus. Dieses Minus ist aber ein fiktives Minus weil wir zweimal abschreiben. Dies ist Punkt 1. Punkt 2 ist, dass wir schon mehr als einen Finanzplan erstellt haben und in den letzten Finanzplänen wurde mit einer Verschuldung von 18 bis 28 Mio. Franken gerechnet. Jetzt sagt man, es werden 20 Mio. Franken. Die FGPK hat richtig festgestellt, der Finanzplan ist hier, aber ob er so umgesetzt wird? Für mich wäre es ideal, wir hätten ein Globalbudget. Dann müssten wir solche Diskussionen um einzelne Beträge nicht führen. Dann würde der Gemeinderat von uns einen Auftrag bekommen mit einer Limite und damit hätte er umzugehen. Heute sind wir nun aber verantwortlich. Der Gemeinderat schlägt vor und wir beschliessen. Ich bekam in meiner Karriere schon viele Finanzpläne vorgelegt, aber keiner ist so eingetroffen, wie er geplant war.

Herr Andreas Frey: Wir haben ein Budget, welches fiktive negative Zahlen aufweist. Wir haben aber auch einen Eigenfinanzierungsgrad, der sehr tief und bedenklich ist. Deshalb erachte ich es als sinnvoll, den Steuerfuss rechtzeitig anzupassen. Wir haben heute bereits mehrfach vom Unternehmergeist gesprochen und gehört. In einem Unternehmen ist es so, dass wenn vorausschauend geplant wird, ein Handlungsspielraum behalten werden kann, damit man reagieren kann, weil man sich nicht darauf einlassen will, am Ende nur noch aus der Not heraus reagieren zu können. Der Steuerfuss alleine macht die Attraktivität einer Gemeinde nicht aus, sondern die Eigenschaft, dass sie auf Gegebenheiten angepasst reagieren kann und dafür braucht es finanzielle Mittel. Ich finde den Vorschlag der SP deshalb gut.

Herr Urs Füllemann: Ich lehne zum jetzigen Zeitpunkt die Steuerfusserhöhung auf 102 % vehement ab. In den letzten Jahren hat die Rechnung der Einwohnergemeinde Buchs immer besser abgeschnitten als budgetiert. Dies ist erfreulich und umgekehrt wäre es viel schlimmer. Als wir damals diskutiert haben, ob der Steuerfuss auf 100 % gehalten oder gesenkt werden soll, hat man sich entschieden, keine Steuergelder auf Vorrat anzulegen. Mir kommt es heute Abend so vor, als ob diese Gemeinde bankrott und damit nicht mehr zahlungsfähig ist. Und dem ist nicht so. Der Selbstfinanzierungsgrad ist eine Kennzahl von vielen. Der Eigenkapitaldeckungsgrad mit 325 % ist sehr komfortabel. Im Übrigen stellt uns die Uta Comunova AG, die uns jährlich prüft, ein sehr gutes Zeugnis aus, insbesondere in Bezug auf die Finanzstruktur. Wir haben eine hohe Barliquidität und diese sichert eine hohe Zahlungsfähigkeit. Wir haben eine hohe Eigenkapitalquote von 86 %, d. h. der Eigenkapitalanteil zum Fremdkapitalanteil liegt bei 86 zu 14, dies entstand natürlich auch aus der Neubewertung (HRM2) heraus. Die langfristigen Schulden sind von 4 Mio. Franken auf 2 Mio. Franken zurückgegangen. Wenn es der Gemeinde schlecht gehen würde, dann könnte man dies nicht machen. Der Überschuss wurde dem Eigenkapital zugewiesen. Aus diesem Grund sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt keine Dringlichkeit für eine Steuerfusserhöhung. Man muss allerdings die ganze Situation und die Entwicklung der Investitionen im Auge behalten.

Herr Dimitri Spiess: Auch hier geht es um Nachhaltigkeit, um ein Vorausschauen. Wenn wir jetzt Investitionen voraussehen, dann fallen später weniger Schulden an und wir zahlen weniger Schuldzinsen und können unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern mehr Möglichkeiten bieten. Es ist ein abwägen. Der Gemeinderat hat gesagt, die Schulbauten kosten 30 - 60 Mio. Franken. Wenn wir diese mit einem guten Selbstfinanzierungsgrad meistern wollen, dann müssen wir die Steuern erhöhen, lieber früher als zu spät.

Herr Edi Krebs: Wir wollen die Steuerausstände aktiv bewirtschaften und dies spült uns wieder mehr Geld in die Kasse. Das genügt vorerst.

Antrag SP Buchs

Der Steuerfuss für das Jahr 2015 ist neu auf 102 % festzusetzen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 27 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag

Das Budget 2015 sei zu genehmigen und der Steuerfuss wie bisher auf 97 % festzusetzen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen zugestimmt. Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Teilrevision der Satzungen des Gemeindeverbands Krankenheim der Region Aarau

(Botschaft des Gemeinderats vom 2. September 2014)

Herr Urs Knecht, Mitglied des Einwohnerrats (erläutert die Vorlage mit einer Präsentation): Die aktuell gültigen Satzungen des Gemeindeverbands Krankenheim stammen aus dem Jahr 1984. Der Vorstand schlägt vor, diese Satzungen punktuell, dort wo es nötig ist, anzupassen. Strukturell gibt es keinen Anlass zu Änderungen. Gleichzeitig soll der Name vom Krankenheim der Region Aarau zu Lindenfeld geändert werden. Es gibt diverse Punkte, die in den Satzungen geändert werden und in der Botschaft sind alle Punkte aufgeführt. Ich gehe davon aus, ihr habt diese studiert und gehe nicht mehr näher auf einzelne Punkte ein. Wie ist der Stand dieses Geschäfts? Die Gemeindeabteilung des Departements Volkswirtschaft und Inneres hat die teilrevidierten Satzungen geprüft und deren Genehmigung durch den Regierungsrat, nach der Zustimmung durch die 30 Verbandsgemeinden, in Aussicht gestellt. Der Vorstand und die Abgeordnetenversammlung haben die Satzungen ebenfalls freigegeben. Der Gemeinderat Buchs unterstützt die beantragten Satzungskorrekturen ebenfalls, deshalb die Botschaft. Die Genehmigungen der Verbandsgemeinden sind noch offen, nur Aarau hat den Änderungen am letzten Montag bereits zugestimmt. Wir gehen davon aus, dass auch alle anderen Gemeinden die neuen Satzungen so genehmigen werden.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), der Teilrevision der Satzungen des Gemeindeverbands Krankenheim der Region Aarau sei zuzustimmen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Zielsetzungen des Gemeinderats für die neue Amtsperiode 2014 - 2017

Herr Werner Schenker, Mitglied der FGPK (unterstützt seinen Vortrag mit einer Präsentation): Ich darf die Zielsetzungen des Gemeinderats vorstellen. Ich kann in meiner Präsentation der grossen Arbeit nicht gerecht werden, die dahintersteckt. Ich gebe nur einen exemplarischen Eindruck in dieses Dokument. Der Einwohnerrat kann diese Zielsetzungen auch nur zur Kenntnis nehmen. In jeder Legislaturperiode (also alle 4 Jahre) erstellt der Gemeinderat die "Zielsetzungen des Gemeinderats Buchs". Mit dem Exemplar für die Amtsperiode 2014 - 2017 halten wir das zweite "Regierungsprogramm" in den Händen.

Zu 17 Aufgabenbereichen hat der Gemeinderat jeweils eine Grundhaltung formuliert. Wir finden klare Aussagen beispielsweise zur

- Wohnqualität
- Mobilität
- Öffentliche Sicherheit
- Kommunikation und Partizipation etc.

So lesen wir beispielsweise als Einleitung zum 5. Punkt unter Kommunikation und Partizipation: "Dank der Einrichtung des Einwohnerrats ist unsere Bevölkerung am politischen Geschehen repräsentativ vertreten. Es zeigt sich jedoch immer wieder, dass sich gewisse Mitbürgerinnen und Mitbürger zu wenig vertreten fühlen oder einen Mangel an Hintergrundinformationen beklagen bzw. mehr Mitsprachmöglichkeiten wahrnehmen möchten". Diese Formulierung ist noch viel ausführlicher, ich beschränke mich auf die Einleitung. Konkret werden dann jeweils maximal 5 Projekte oder Schwerpunkte aufgeführt. Hier beschreibt der Gemeinderat, wie er seine Ziele gezielt umsetzen will.

Für unser Beispiel Kommunikation und Partizipation lauten die 4 oder 5 formulierten Ziele für die Amtsperiode 2014 - 2017:

- "Anbieten einer periodischen Sprechstunde beim Gemeindeammann.
- Durchführen der Jungbürgerfeier und des Neuzuzüger-Anlasses.
- Periodische Überprüfung resp. Optimierung der Öffnungszeiten der Verwaltung entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Durchführen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung einmal pro Amtsperiode".

Dass der Gemeinderat bestrebt ist, die Ziele zu erreichen, sehen wir beispielsweise daran, dass er vor gut einer Woche in diesem Saal die Ergebnisse der bereits durchgeführten Bevölkerungsbefragung präsentiert hat. Positiv aufgefallen ist der FGPK, dass im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der konkreten Projekte eingeschränkt worden ist. Mit dieser Beschränkung steht jeweils auch mehr Energie für die tatsächliche Umsetzungsarbeit zur Verfügung. Die FGPK hat die Ziele sorgfältig studiert und dankt dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit und das klar und ansprechend gestaltete Dossier.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden) von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2014 - 2017 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Frau Franziska Lüscher: Die SP Buchs hat mit grossem Interesse die Zielsetzungen des Gemeinderats für die aktuelle Amtsperiode zur Kenntnis genommen. Gespannt ist sie vor allem auf die konkreten Zeichen und Umsetzungsschritte, welche jetzt vom Gemeinderat zur Verwirklichung der angestrebten Ziele folgen werden. Mit der Infoveranstaltung vom 13. Oktober 2014 bezüglich der Einwohnerbefragung hat er bereits gezeigt, dass ihm der Kontakt und die Kommunikation mit der Bevölkerung wichtig sind. Wir hoffen auf weitere regelmässige Informationen aus erster Hand. Ein deutliches Zeichen, sprich konkrete Massnahmen braucht es für die Realisierung der Zentrumsgestaltung, sprich Bärenplatz. Dieses Anliegen sollte nicht mehr länger herausgeschoben werden. Hier erwartet die SP ein rasches Handeln seitens des Gemeinderats. Eine nachhaltige Integration in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt vom grössten Teil unserer Einwohnerinnen und Einwohner sehen auch wir in einer hohen Qualität der Sozialen Dienste, in kreativen Integrationsbemühungen und einer guten Bildung. Die Umfrage zur Wohnqualität in der Bevölkerungsbefragung hat gezeigt, dass der Öffentlichen Sicherheit grosse Bedeutung zukommt. Wir hoffen, dass der Gemeinderat, nebst polizeilichen und sicherheitstechnischen Massnahmen, untersucht, welche andere Indikatoren zu mehr Sicherheit führen können. Wir denken an Förderung von aktivem Quartierleben, von Nachbarschaftshilfen, von Vereinen und von einer Kulturarbeit, welche die einheimischen Kunstschaffenden berücksichtigt und unterstützt. Wir sind sicher, dass der Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden eine immer höhere Bedeutung zukommt. Dies vor allem angesichts der stetig abnehmenden finanziellen Ressourcen. Hier fänden wir eine Zielsetzung erstrebenswert, die darauf aus ist, langfristig und nachhaltig finanzielle Ressourcen zu planen, damit die anstehenden, notwendigen Investitionen getätigt werden können. Die SP Buchs wünscht dem Gemeinderat viel Motivation und Energie für die aktuelle Amtsperiode. Sie ist sich bewusst, dass der Gemeinderat für diese Arbeit auf die Unterstützung der Bevölkerung und des Einwohnerrates angewiesen ist. Zum Schluss hätte ich allerdings noch eine Frage an den Gemeinderat. Wenn Ziele formuliert werden, müssen sie ja irgendwann auch überprüft werden. Beabsichtigt der Gemeinderat nach Ablauf der Amtsperiode eine Zielüberprüfung? Und wenn ja, werden wir über das Ergebnis informiert werden?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Zielüberprüfung ist beabsichtigt und zwar nicht nach der Amtsperiode sondern in der letzten Sitzung dieser Amtsperiode.

Frau Heidi Niedermann: Ich habe eine Frage zum Punkt 9 Gemeinschaft und Integration. Im drittletzten Abschnitt steht: "Die Bedürfnisse der alten Menschen sollen durch die Schaffung einer Alterskommission besser in die wichtigen Entscheidungen der Gemeinde einfliessen". Unten ist das Ziel nicht mehr aufgeführt. Gibt es dafür einen Grund?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Danke für diese Frage. Wir werden bemüht sein, dass wir im nächsten Jahr mit einer kleinen gemeinderätlichen Kommission das Alterskonzept wieder aufgreifen und die Anliegen, die dort bestehen, zusammentragen. In dieser Kommission soll aber auch diskutiert werden, wie mit Gesundheitsprophylaxe vorgegriffen werden kann, damit diese möglichst lange so bleibt, wie man sie sich wünscht.

Frau Doris Michel: Ich habe eine Bemerkung zum Kapitel 5. Alle 4 Jahre soll eine Bevölkerungsbefragung stattfinden. Meines Erachtens ist dies eine sehr hohe Frequenz. Ich denke es ist richtig, dass man dies in diesem Jahr im Sinne einer Standortbestimmung durchgeführt hat. Die Resultate waren nicht sehr überraschend. Es wurden keine neuen Erkenntnisse gewonnen. Aber das Ganze ist mit Zahlenmaterial belegt, worauf man auch wieder zurückgreifen kann. Ich denke, erneut eine Umfrage zu machen ist sinnvoll, wenn ein Bedürfnis vorhanden ist und konkrete Themen in der Luft liegen. Ich möchte auch noch auf die Gefahr einer solchen Umfrage hinweisen. Meines Erachtens wird zu stark auf die Resultate Wert gelegt und nur diese fokussiert. Was dabei verloren geht ist das Vorwärtsdenken und Visionen entwickeln, eigene Ideen kreieren. Ich bitte den Gemeinderat, nur dann eine Bevölkerungsbefragung durchzuführen, wenn

das Bedürfnis besteht, zu bedenken, dass es sich aber nur um eine Dokumentation handelt und es weiterhin um den kreativen Prozess geht.

Antrag

Von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2014 - 2017 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2014 - 2017 wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen Kenntnis genommen.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Begründung der Motion der SP Buchs "Bärenplatz - Begegnungsplatz für Jung und Alt" (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Silvan Kaufmann ergänzt die Begründung zur im Juni 2014 eingereichten Motion der SP wie folgt:

Die Bevölkerungsbefragung hat gezeigt, dass die Einwohner von Buchs mit dem Angebot an Grünanlagen und Parks nicht zufrieden sind. Auch ich bin dieser Meinung. Im Zentrum von Buchs gibt es keinen öffentlichen Platz, der als Treffpunkt für Jung und Alt dient. Es gibt keinen öffentlichen Spielplatz und keine öffentlichen Brunnen. Mitten im Dorf steht der Bärenplatz seit Jahren kahl und leer. Mit wenig Aufwand lässt sich aus diesem Platz ein Begegnungsplatz machen, mit Sitzgelegenheiten, Tischen, Grillstellen, Spielmöglichkeiten. Ebenfalls könnte die Suhre in die Gestaltung integriert werden. Seit 7 Jahren ist der Gemeinderat mit der Gestaltung beschäftigt. Am Anfang konnten Fortschritte erzielt werden mit einem Gestaltungswettbewerb, einem Siegerdossier und einem Investorendossier bis 2010. Seither gab es keine nennenswerten Fortschritte mehr. Man suchte Investoren, erlitt Fehlschläge, Investoren sprangen ab und man ist wieder zurück auf Feld 1. Es braucht einen neuen Investor. Der Gemeinderat versprach uns immer wieder, dass bis Ende 2013 ein Resultat vorliegen soll. Entweder ein positives oder ein negatives. Nun ist schon fast Ende 2014 und wir werden nach wie vor vertröstet. Es gebe Interessenten, man sei in Verhandlungen. Eigentlich muss sich der Gemeinderat eingestehen, dass das Projekt gescheitert ist und ein neues, realistisches Projekt erstellen. Deshalb unser Antrag, der Bärenplatz soll als unbebaute Fläche, als Begegnungsplatz für Jung und Alt attraktiv gestaltet werden. Ohne grosse Bauvolumen mit einfachen Mitteln. Vorschläge zur Begegnungsförderungen sollen ausgearbeitet werden und diese sollen in ein entsprechendes Gestaltungsprojekt einfließen. Ich bitte euch, dieser Motion zuzustimmen und sie an den Gemeinderat Buchs zu überweisen. Sie haben von uns Bilder bekommen, wie der Platz aussehen könnte. Schauen sie sich diese an und vergleichen sie sie mit der Situation, so wie sie jetzt besteht. Mit einfachen Mitteln kann man dem Bedürfnis der Bevölkerung nach mehr Grün- und Parkanlagen entsprechen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Mit der Genehmigung des Budgets wurde gleichzeitig der Budgetposten 9630.3439.60 mit Fr. 50'000.-- zur Erarbeitung eines Vorprojekts auf dem Bärenplatz verabschiedet. Der Gemeinderat sieht nach wie vor einen Bau in Bezug auf die städtebauliche Situation für richtig. Dahinter soll ein Begegnungsplatz entstehen. Wir mussten vor den Sommerferien feststellen, dass die Investorensuche mit Einbezug des Landes auf der anderen Strassenseite gescheitert ist und ein neuer Ansatz angegangen werden muss. Aus diesem Grund haben wir Geld ins Budget genommen und möchten dies im nächsten Jahr tun. Das Thema Gesundheitszentrum ist nach wie vor etwas, was der Gemeinderat verfolgen wird, inkl. Dienstleistungen in diesem Bereich. Er hält den Spielplatz in dieser verkehrsträchtigen Lage für ungünstig. Ein Spielplatz mit Geräten ist dort richtig situiert, wo es einen gibt, wie z. Bsp. an der Gysistrasse. Dort ist die Lage ruhiger. Die lange Zeitdauer hängt damit zusammen, dass eine Investorensuche schwierig ist und man kann auch nicht immer orientieren, denn die Leute brauchen auch Zeit. Zudem gibt es Rahmenbedingungen, die wir nicht beeinflussen können. Es bestand am Anfang ein Zustand X, der sich im Verlauf der Projektentwicklung zum Zustand Y verändert hat, der uns verunmöglichte, das Projekt zweckmässig durchzuführen. Es ist eine komplizierte Angelegenheit. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man die Möglichkeit, diese Fläche an optimaler Lage zu bebauen, nicht einfach verwerfen kann. Dies kommt einer Vernichtung von finanziellen Werten gleich. Wir wollen eine Ausschöpfung. Wir wollen mit einer sinnvollen zweckmässigen Nutzung, die der Öffentlichkeit auch etwas bringt und einen Ertrag abwirft, ermöglichen, den Platz dahinter zu finanzieren, damit dieser nicht mit öffentlichen Steuergeldern bezahlt werden muss. Im nächsten Jahr wird dieses Projekt angegangen. Mit dem Betrag für die Erarbeitung des Vorprojekts ist es folgerichtig, wenn diese Motion nicht überwiesen, sondern abgelehnt wird.

Herr Silvan Kaufmann: Ist das Projekt von damals gestorben und es gibt ein neues Projekt?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Tatsache ist, dass der Perimeter völlig ein anderer ist als er vorher war. Die Landflächen auf Seiten der Metzgerei Gysi, auf der wir eine Liegenschaft erworben haben, wird nicht mehr Gegenstand der Investorensuche sein sondern es wird auf den Bärenplatz fokussiert. Damit ist die Ausgangslage völlig anders. Das Projekt ist auch nicht mehr so gross und es braucht nicht einen riesigen Investor. Es könnte deshalb auch ein regionaler Investor gefunden werden. Der Bau, der entstehen wird, wird dort wo der alte Bären gestanden hat, situiert sein, dies bleibt gleich.

Herr Werner Schenker: Für ein Gestaltungskonzept für den Bärenplatz sind im Budget Fr. 50'000.-- budgetiert und vom Rat bewilligt worden. Da das aktuelle Projekt ja nicht zustande kommt, sozusagen gestorben ist, gehe ich davon aus, dass diese Fr. 50'000.-- für die Planung eines neuen Projekts eingesetzt werden. Die Planung kann beim Punkt Null wieder beginnen. Die Grünen begrüßen es sehr, wenn das Grundstück endlich eine Gestaltung erhält. Dabei sind verschiedene Formen denkbar. Mit oder ohne Bebauung, als Begegnungsfläche, als Park oder als naturnaher Raum. Wir würden uns aber sehr ärgern, wenn das neue Projekt (aus welchen Gründen auch immer) nicht realisiert werden sollte und diese Fr. 50'000.-- in den Sand gesetzt würden. Wir wünschen uns ein angemessenes Projekt, das zu Buchs passt, den Bedürfnissen entspricht und auch mit eigenen Mitteln realisiert werden kann. Deshalb wünschen wir explizit einen ehrlichen Einbezug der Bevölkerung bei der Suche nach der passenden Lösung für ein neues, lebendiges Zentrum unseres Dorfes.

Herr Jürg Lochinger: Die FDP Buchs unterstützt den Gemeinderat in seinem Anliegen, eine Zentrumsüberbauung zu machen. Wir denken, dass eine Überbauung einen Begegnungsplatz zwischen der Überbauung und dem Gemeindesaal nicht ausschliessen wird. Wir lehnen deshalb die Motion der SP ab.

Herr Dimitri Spiess: Mit dieser Motion geht es der SP darum, dem Gemeinderat einen Auftrag zu geben. Er soll die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen, die sich aus der Bevölkerungsbefragung ergeben. Mit dieser Motion können wir den Gemeinderat beauftragen, innerhalb eines Jahres etwas vorzulegen. Wenn er so weiterwurstelt wie bisher, dann können wir noch lange warten und unsere Geduld geht zu Ende. Deshalb mache ich euch beliebt, diese Motion zu überweisen.

Herr Martin Gysi: In einem Punkt geht mir die Motion zu weit, auch wenn ich mir mehrere dezentrale Begegnungsplätze wünsche in unserem Dorf. Die Forderung, dass es eine unbebaute Fläche bleiben soll, passt städtebaulich nicht in diese Situation. Rundherum hat es Verkehr, ich möchte mit meinen Kindern im jetzigen Zeitpunkt dort nicht spielen gehen. Es ist kein attraktiver Platz. Ich kann mir dies aber vorstellen, wenn davor ein Gebäude zustehen kommt. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion ab, freuen uns aber auf viele weitere Begegnungsplätze an anderen Orten im Dorf.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Kredit ist ein Jahr gültig. Wir werden nächstes Jahr handeln müssen. Seid deswegen unbesorgt.

Antrag

Der Bärenplatz sei als unbebaute Fläche als Begegnungsplatz für Jung und Alt attraktiv zu gestalten. Der Platz sei ohne grosse Bauvolumen mit einfachen Mitteln zu gestalten. Vorschläge zur Begegnungsförderung sollen ausgearbeitet werden. Diese sollen in ein entsprechendes Gestaltungsprojekt einfließen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 30 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht überwiesen.

Eingänge**Postulat der EVP Buchs betreffend Mithilfe Freiwilliger in den Sozialen Diensten**

Herr Joel Blunier, EVP Buchs, reicht folgendes Postulat ein:

Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, inwiefern eine Entlastung der Aufwendungen für die Soziale Sicherheit durch den Einbezug und die Hilfe Freiwilliger im Rahmen der Begleitung von Sozialhilfeempfängern/innen und Familien, z. Bsp. in Form von Beistandschaften, Familiencoaching, Mentoring von Jugendlichen oder der Bereitstellung von Wohnraum zu erreichen ist.

Begründung

Der Einwohnerrat hat am 22. Oktober 2014 über eine abermalige Erhöhung der Stellenprozente der Sozialen Dienste der Gemeinde Buchs von 470 auf 580 % zu befinden, nachdem bereits Ende 2013 eine Erhöhung um 130 % beschlossen wurde. Aufgrund des stetig steigenden Arbeitsanfalls infolge höherer Fallzahlen im Bereich Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz ist ein Ausbau der Stellen für die korrekte und speditive Bearbeitung dieser Fälle nachzuvollziehen. Die Kosten für die Sozialen Dienste stellen aber nur die Spitze des Eisbergs dar: Für die soziale Sicherheit gab die Gemeinde Buchs im Jahr 2013 brutto 6.75 Mio. Franken aus, was 20 % des Gesamtaufwandes ausmachte. Für das Jahr 2015 wird bereits von 7.53 Mio. Franken bzw. bei leicht tieferem Gesamtaufwand von einem Anteil von 22 % ausgegangen. Die Kosten für die Soziale Sicherheit, namentlich aber insbesondere für die Sozialhilfe, die Sonderschulung und Heimaufenthalte sowie die Elternbeischaftshilfe, steigen kontinuierlich an. Sie sind im Gegensatz zu anderen Dienstleistungen der Gemeinde kaum durch einseitige Sparmassnahmen oder Budgetkürzungen beeinflussbar. Vielmehr handelt es sich dabei um die Auswirkungen negativer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Realitäten.

Aufgrund dieser Ausgangslage stellt sich die Frage, welche Massnahmen für die Gemeinde Buchs in Frage kommen, um die Fallzahlen zu reduzieren bzw. die Kosten für deren Bearbeitung zu senken, ohne dass einseitig nur auf Kürzungen der finanziellen Leistungen der Betroffenen abgestellt wird.

Konkret sind der Einbezug und die Hilfe Freiwilliger im Rahmen der Begleitung von Sozialhilfeempfängern/innen und Familien zu prüfen. Einerseits könnten private Angebote von Wohnraum (z. Bsp. Einliegerwohnung, separate Zimmer) für Sozialhilfeempfänger/innen oder für Platzierungen bei Gefährdungsmeldungen in Betracht gezogen werden. Damit könnten Kosten reduziert und gleichzeitig eine soziale Einbindung in die "Gastfamilie" erreicht werden. Andererseits müsste die Möglichkeit geprüft werden, inwiefern Freiwillige Beistandschaften oder Alltagsbegleitungen für Sozialhilfeempfänger/innen übernehmen, Coaching von Familien mit Erziehungsherausforderungen anbieten oder ein Mentoring von Jugendlichen aufbauen können.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage der SP Buchs betreffend Sparpaket**

Herr Dimitri Spiess, SP Buchs, reicht folgende Anfrage ein:

Der Aargauer Regierungsrat und das Parlament behandeln derzeit unter dem Stichwort "Leistungsanalyse" ein weitgehendes Spar- und Abbaupaket. Ein Grossteil der Massnahmen betrifft direkt und indirekt auch die Gemeinden. Der Gemeinderat wird deshalb gebeten nachfolgende Fragen zu beantworten. Die Fragen beziehen sich sowohl auf die Massnahmen in der Vorschlagskompetenz der Regierung (Budget), als auch auf jene in der Kompetenz des Parlaments (Gesetz über die Umsetzung der Leistungsanalyse).

1. Welche Massnahmen aus der Leistungsanalyse betreffen die Gemeinde Buchs kurz-, mittel- und langfristig? Von welchen Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Kultur, Bildung und Umwelt sind Projekte oder Vorhaben in unserer Gemeinde jetzt oder in Zukunft betroffen?
2. Welche der zur Streichung vorgeschlagenen öffentlichen Dienstleistungen will der Gemeinderat mit einem kommunalen Angebot kompensieren, welche nicht?
3. Es werden zahlreiche Unterstützungsangebote für Menschen mit finanziellen, beruflichen oder sozialen Problemen gekürzt oder gestrichen, so zum Beispiel das Werkjahr oder die individuelle Prämienverbilligung. Rechnet der Gemeinderat auf Grund dieser Abbaupläne mit einer Zunahme der Kosten in der Gemeinde, namentlich bei den Sozialhilfekosten?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat generell die Zunahmen der kommunalen Belastung mit Aufgaben und Kosten? In welchen Bereichen sieht er in absehbarer Zukunft zusätzliche Kosten auf die Gemeinde zukommen im Zusammenhang mit den vorliegenden Sparmassnahmen?
5. Bringt sich der Gemeinderat in den bestehenden Austauschgefässen mit dem Kanton politisch ein (z. Bsp. Gemeindeammänner-vereinigung)? Wenn ja, arbeitet er darauf hin, dass sich die Aufgaben- und Kostenverteilung in Zukunft nicht weiter zu Ungunsten finanziell schlechter gestellter Gemeinden verschiebt, z. Bsp. im Bereich der Sozialhilfe? Welche Vorstösse wurden konkret unternommen, welche Vorgehensweise ist geplant?

Herr Gemeinderat Tony Süess: Die erste Beratung der Leistungsanalyse im Grossen Rat fand am 24. Juni 2014 und am 1. Juli 2014 statt. Eine 2. Beratung findet am 25. November 2014 und voraussichtlich am 2. und 9. Dezember 2014 statt. Aus diesem Grund können wir heute keine weiteren Auskünfte geben. Es ist absehbar, dass die Bevölkerung im Frühling auch noch zu Wort kommen wird. Heute sind keine Aussagen möglich. Wir müssen die 2. Lesung im Grossen Rat abwarten.

Herr Dimitri Spiess: Wenn der Grosse Rat beschlossen hat und allenfalls das Referendum beschlossen ist, wird der Gemeinderat auf diese Frage antworten? Somit ist diese Anfrage bis dahin hängig?

Herr Gemeinderat Tony Süess: Dies ist richtig.

Diese Anfrage wird an einer nächsten Sitzung beantwortet.

Traktandum 10

Verschiedenes

Frau Doris Michel: Vor einem Jahr haben wir hier über Videokameras zur Überwachung der Recyclingstellen gesprochen. Damals wurde gesagt, dass die Arbeiten bis Ende 2013 ausgeführt werden sollen oder falls die Zeit nicht genügt, bis spätestens Anfang 2014. Nach meinem Wissensstand ist bis heute nichts weiter passiert. Ich bitte den Gemeinderat um Stellungnahme.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir haben diese Situation mit dieser Videoüberwachung nochmals analysiert und sind zu einem anderen Lösungsansatz gekommen. Die Sammelstelle im Werkhof wird aufgehoben und in den Werkhof integriert. Dies wird auch noch publiziert. Es besteht die Absicht, zwei unterirdische Sammelstellen anzulegen. Wir haben nun auch entsprechende Mittel im Budget. Dort wo ich tätig bin, wird ab und zu mit Videokameras gearbeitet. Aber dies ist sehr schwierig. Dann werden Fotos rumgereicht und jeder will wissen, wer dies sein könnte. Es gibt kein taugliches Mittel um dies in den Griff zu bekommen. Der nun gewählte Ansatz ist der bessere. Deshalb habt ihr von dieser Videoüberwachung nichts mehr gehört.

Herr Hans Hartmann: Kann man den Einwohnerrat für Parteipropaganda missbrauchen? Oder wieso liegt dieser Flyer auf unseren Tischen?

Herr Dimitri Spiess: Das war ich. Ich nahm mir die Freiheit, dich über angehende Abstimmungen zu orientieren.

Informationen von Herrn Präsident Urs Zbinden:

Andre Rotzetter ist heute hier zum letzten Mal als Einwohnerratsmitglied anwesend. Er hat demissioniert. Wir danken Andre recht herzlich für das Engagement, welches er für die Gemeinde Buchs geleistet hat.

CVP	Andre Rotzetter	Einwohnerrat vom 01. Januar 2008 bis 31. Oktober 2014	6 Jahre 10 Mt.
-----	-----------------	---	----------------

Silvan Kaufmann hat am 10. Mai 2014 Julia geheiratet und konnte deshalb an der letzten Einwohnerrats-sitzung nicht teilnehmen, weil er gerade auf Hochzeitsreise war. Ich gratuliere ihm und seiner Frau im Namen des gesamten Einwohnerrates ganz herzlich und überreiche ihm einen Blumenstrauss. Am 7. Oktober 2014 kam übrigens der Sohn Fridolin zur Welt.

Am Montag, 24. November 2014, um 20.00 Uhr findet für die Einwohnerräte der Gemeinde Buchs und der Stadt Aarau eine Infoveranstaltung betreffend Schulen Aarau und Buchs-Rohr im Gemeindesaal statt. Bitte notiert euch den Termin.

Auf euren Tischen findet ihr den Terminplan für die Einwohnerrats-Sitzungen (inkl. Ausflug am 5. September) für das Jahr 2015. Bitte notiert euch die Daten sofort in der Agenda.

Am 24. Oktober 2014 findet die Feuerwehr-Hauptübung mit Einweihung des neuen Pionierfahrzeuges statt. Geht es euch anschauen.

Sitzordnung. Wie hat sie euch gefallen?

Frau Sandra Jaisli: Wir haben heute eine neue Sitzordnung ausprobiert und mir persönlich gefällt die alte Sitzordnung besser. Mich dünkt nicht, dass ich mehr Leute sehe, sondern im Gegenteil, ich muss mich

mehr drehen, damit ich sie sehe. Die Gemeinderäte sah ich heute fast gar nicht. Die andere Sitzordnung war für mich angenehmer.

Herr Ueli Kohler: Mir geht es ähnlich. Mich stört, dass ich die Zuschauer im Rücken habe und dies empfand ich nicht als angenehm.

Herr Dimitri Spiess: Diese Bestuhlung ist auch in anderen Gremien Usus (Nationalrat). Es ist ein bewährtes Modell in allen anderen Parlamenten. Mit dieser Sitzordnung kann man auf die Leute eingehen, miteinander reden, einander ins Gesicht blicken, muss keine Halskehre machen, wenn man jemanden im Rücken ansprechen möchte.

Herr Hans Hartmann: Ich finde die Sitzordnung nicht schlecht. Vielleicht sollte man weniger in die Breite gehen und mehr in die Länge. Ich kann damit leben.

Herr Martin Gysi: Die Distanz zwischen den Vorsitzenden und dem Rat ist gross. Ich pflichte dem Vorschlag von Hans bei.

Frau Franziska Lüscher: Ich bin die Verursacherin dieser Umstellung. Ich habe heute zum ersten Mal gesehen, wer im Einwohnerrat sitzt und was für Besucherinnen und Besucher anwesend sind. Dies empfand ich als sehr angenehm. Ich denke, es gibt noch einige Optimierungspunkte. Für mich ist die grundsätzliche Frage, wenn wir miteinander sprechen, sieht man einander oder nicht. In dieser Anordnung finde ich die Chance, sich zu sehen, grösser. Ich sass 3 Jahre vorne, ich sah nicht viel vom Einwohnerrat. Ich empfand dies heute als unangenehm.

Frau Doris Kleiber: Ich möchte Franziska beipflichten. Mir ist es viel wohler in dieser Sitzordnung. Ich sass vorher zuvorderst und sah niemanden. Ich wünschte mir, dass wir die Gemeinderäte noch etwas näher zu uns holen würden. Wir haben hier noch Platz.

Herr Präsident Urs Zbinden: Ich schlage vor, wir behalten die Sitzordnung an der Dezembersitzung einigen Anpassungen bei und entscheiden dann, wie es im nächsten Jahr weitergehen soll.

Dank

Der Präsident dankt Sonja Büchli für die Mithilfe bei der Organisation des Einwohnerratsausflugs.

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie den Lernenden Sabrina Rufer und Luca Bianco, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 22. Oktober 2014

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Urs Zbinden

Sonja Büchli